



LEBEN
IM ZEITALTER
DES MENSCHEN

**SOZIAL.
ÖKOLOGISCH.
FREI.**

Beschlüsse

31. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands · 8. bis 10. Oktober 2021 · Berlin

Vorwort

Das neue Zeitalter heißt Anthropozän

Über 50 Beschlüsse für das „Zeitalter des Menschen“ - Satzungsänderungen werden noch mit den Finanzbehörden abgestimmt

Die NaturFreunde Deutschlands haben vom 8. bis 10. Oktober 2021 ihren 31. Bundeskongress in Falkensee bei Berlin durchgeführt. Neben inhaltlichen Anträgen wurden auch die Satzung der Bundesgruppe und die Ortsgruppen-Mustersatzung modernisiert. Beide werden derzeit noch mit den Finanzbehörden abgestimmt und werden später veröffentlicht.

Im Mittelpunkt des Bundeskongresses stand die neue geologische Epoche, in der der Mensch die Erde stärker prägt als jede Naturgewalt: das Anthropozän. Die NaturFreunde-Antwort auf diese Situation ist klar: Das Leben in der Menschenzeit muss sozial, ökologisch und frei sein. Denn wenn die Menschheit weiterhin fortdauernd die ökologischen Grenzen des Wachstums überschreitet, stirbt nicht nur die Natur, auch ein Ende der menschlichen Zivilisation ist denkbar.

Deshalb fordern die NaturFreunde, vor allem im Globalen Norden sehr schnell und drastisch weniger Ressourcen zu verbrauchen. Der Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen muss tiefgreifend sein, aber sozial gerecht organisiert werden. Neben dem Schutz von Klima und biologischer Vielfalt muss deshalb auch die Demokratie gestärkt werden, die immer stärker unter Druck gerät.

Die Klimakrise ist nach Auffassung der NaturFreunde zudem eine Friedensfrage. Sie wenden sich energisch gegen die massive Hochrüstung und Zuspitzung der Verteilungskämpfe. Das Ziel der NATO, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Waffen auszugeben, lehnen sie ab, denn Aufrüstung bringt weniger nicht mehr Sicherheit.

Anbei finden sich die Beschlüsse dazu ebenso wie die von den mehr als 100 Delegierten beratenen und beschlossenen Anträge aus den Themenbereichen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, Energie, Verkehr, sanfter Tourismus, Frieden, Bürgerrechte und Wohnen.

Neben der Bestätigung von Michael Müller als Bundesvorsitzendem wählte der Kongress auch einen neuen Bundesvorstand: Stellvertretende Bundesvorsitzende sind Regina Schmidt-Kühner, Clara Wengert und Tilmann Schwenke, Bundeskassierer ist Uwe Hixsch. Janeta Mileva bleibt im Bundesvorstand für den Fachbereich Kultur und Bildung, Joachim Nibbe für den Fachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus und Harald Peschken für den Fachbereich NaturFreunde-Häuserwerk und Häuserarbeit zuständig. Neu ist Matthias Grell als Bundesfachbereichsvorstand für Natursport und Wandern. Wendelin Haag vertritt die Naturfreundejugend im Bundesvorstand.

Diesem vorläufigen Beschlussheft fehlen noch die beiden geänderten Satzungen der Bundesgruppe und der Ortsgruppen-Mustersatzung. Sie werden nachgereicht, sobald die derzeit laufende Abstimmung mit den Finanzbehörden abgeschlossen ist.

Berlin, im Januar 2022

Übersicht

1. Themenbereich: Sozial-ökologische Transformation

Das Anthropozän stellt die Gestaltungs- und Verteilungsfrage	Seite	5
Unser Verständnis von der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation	Seite	11
Weiterarbeit mit dem Manifest der NaturFreunde	Seite	12

2. Themenbereich: Zivilgesellschaft und Bürger*innenrechte stärken

Ja zu den Grundrechten und zu ihrer tatsächlichen Umsetzung!	Seite	13
Wohnen ist ein Menschenrecht - bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum für alle!	Seite	13
NaturFreunde und Digitalisierung - Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation gemeinsam angehen	Seite	15

3. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

Stoppt den Flächenverbrauch - Netto-Null schon 2030!	Seite	17
Hände weg vom Oderausbau!	Seite	17
Den Plastikverbrauch reduzieren	Seite	18

4. Themenbereich: Klimaschutz, Energie und Verkehr

Klimagerechtigkeit durchsetzen	Seite	19
Moorschutz ist Klimaschutz. Die Notwendigkeit einer ambitionierteren Moorschutzstrategie	Seite	24
Atomenergie ist kein Klimaretter	Seite	25
Besteuerung des Flugbenzins	Seite	25
Stoppt den Kerosinablass	Seite	26
Unterstützung der Klage der Republik Tschechien gegen den Weiterbetrieb des Tagebaus Turów	Seite	26
Verzicht auf Feuerwerke zu Silvester und Verbot der Silvester-Knallerei	Seite	27
Für eine nachhaltige, klimagerechte und soziale Mobilitätswende: Bundesverkehrswegeplan 2030 zurückziehen	Seite	27
Mobilitätswende braucht einen attraktiven öffentlichen Verkehr	Seite	28
Für einen sozialen und ökologischen Umbau der Automobilindustrie	Seite	30

5. Themenbereich: Friedenspolitik und internationale Solidarität

Abrüsten statt Aufrüsten und Entspannungspolitik jetzt!	Seite	32
Frieden in Bewegung	Seite	32
NaturFreunde global aktiv - für eine andere internationale Zusammenarbeit	Seite	33
EU-Mercosur-Abkommen stoppen	Seite	35
Corona-Impfstoffe für alle Länder freigeben	Seite	37

6. Anträge zur Organisation

Verbandsentwicklung

NaturFreunde sind Zukunft	Seite 39
„Projekt 100.000“: Mitmachen, Mitglied werden, NaturFreunde stärken!	Seite 40
Angebote familienfreundlich gestalten - Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie fördern	Seite 44
Für eine demokratische und geschlechtergerechte Teilhabe innerhalb der NaturFreunde	Seite 45
FARN ausweiten und unterstützen: Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten	Seite 45
Gründung einer Fachgruppe „International“	Seite 46

Beiträge

Festsetzung der Bundesbeiträge ab 2024	Seite 47
--	----------

Zusammensetzung des Bundesvorstandes	Seite 48
---	----------

1. Themenbereich: Sozial-ökologische Transformation

Das Anthropozän stellt die Gestaltungs- und Verteilungsfrage

Die Menschenzeit - Verantwortung in einer radikal veränderten Welt

Paul Crutzen, der 1995 für die Erforschung des Ozonabbaus mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet wurde, forderte bereits im Jahr 2000 ebenso wie Eugene F. Stoermer, die heutige Epoche nicht länger Holozän, sondern Anthropozän zu nennen - „das menschlich gemachte Neue“. Am Beispiel des Klimawandels zeigte Crutzen auf, dass die Menschheit zum bestimmenden Faktor geo-ökologischer Prozesse geworden ist. Die Geologie der Menschheit macht sogar die Selbstzerstörung der Zivilisation durch die Schädigungen am Erdsystem denkbar, von „besiegter Natur“ ist die Rede. Ein Ende der menschlichen Zivilisation wird vorstellbar. Der 34. Weltkongress der Geologen hat nach Prüfung durch die zuständige Stratigraphische Kommission den Vorschlag zur Annahme empfohlen. Offen ist allerdings noch der genaue Beginn der neuen Epoche.

	Abnahme in Prozent
Waldareal der Erde	20
Blauwalpopulation	99,75
Finnwalpopulation	97
Laut Internationaler Roter Liste (2010): über 18.000 Arten akut vom Aussterben bedroht	
Darunter:	
31 % Amphibien	
25 % Fische	
12 % Vögel	
Abgestorben sind bereits	
80 % der karibischen Korallenriffe	
35 % der Mangrovenwälder	

Die systematische Entfaltung der technischen und ökonomischen Produktivkräfte seit der Industriellen Revolution war nicht nur für die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch für die Natur ein tiefer Einschnitt, dessen Folgen heute in aller Schärfe deutlich werden. Sie zeigen sich nicht nur in lokalen oder regionalen Schädigungen und Zerstörungen, sondern gefährden die Lebensverhältnisse auf der Erde insgesamt. Die gemäßigte Warmzeit der letzten 12.000 Jahre, das Holozän, in dem die menschliche Zivilisation sich entwickeln konnte, ist unwiderruflich vorbei. Der Anstieg der Treibhausgase, die Eingriffe der Agrarindustrie, die Übersäuerung der Meere oder die fortdauernde Vernichtung der Biota sind bleibende Veränderungen. Die weitere Entwicklung baut auf anthropogen verschobenen Beständen auf.

Der Mensch erschafft neue Landschaften, greift in das Weltklima ein, leert die Meere, erzeugt neuartige Lebewesen. Aus der Umwelt wird eine „Menschenwelt“ - doch die ist geprägt von Kurzsichtigkeit und Raubbau. Dabei kommen drei große ökologische Herausforderungen zusammen, die sich wechselseitig verstärken:

- die **Überlastung der natürlichen Senken**,
- die **Zerstörung der biologischen Vielfalt** und
- der **Raubbau an den endlichen Rohstoffen**.

Das Anthropozän

Veränderungen in den Öko-Systemen durch menschliche Aktivitäten im 20. Jahrhundert

	Zunahme um den Faktor
Weltbevölkerung insgesamt	4
Urbane Weltbevölkerung	13
Weltwirtschaft	14
Industrielle Produktion	40
Energienutzung	16
Kohleabbau	7
CO ₂ -Emissionen	17
SO ₂ -Emissionen	13
Wasserverbrauch	9
Mariner Fischfang	35
Rinderhaltung	4
Schweinehaltung	9
Bewässerungsareale	5
Ackerland	2

Die Menschheit ist in ein Zeitalter eingetreten, für das in den letzten Millionen Jahren keine Entsprechung zu finden ist. Aus der in den 1970er-Jahren noch weitgehend theoretischen Debatte über die Grenzen des Wachstums ist harte Realität geworden. Damit stellen sich auch die sozialen Verteilungskonflikte, die vor allem den Kapitalismus prägen, in neuer Schärfe. Der Schutz der sozialen und natürlichen Mitwelt erfordert eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation – nicht nur durch die Ökologisierung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, sondern auch durch weitreichende Änderungen im Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, mehr Gerechtigkeit und eine faire Umverteilung auch in der primären Verteilung, mehr Aufklärung, Vernunft und Verantwortung sowie durch mehr Demokratie und Beteiligungsrechte.

Die Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung muss den kurzfristigen ökonomischen Verwertungszwang beenden und zu einer Ökonomie des Bewahrens der natürlichen Mitwelt und des Vermeidens hoher Energie- und Ressourceneinsätze werden. Das Ziel ist eine Welt, in der es weder Mangel noch Überfluss gibt. Ein gutes Leben ist wichtiger als immer mehr zu haben.

Die unvollendete Moderne

Die drei wichtigsten Herausforderungen im Anthropozän sind:

1. Die Korrektur *der europäischen Moderne*, deren Fehler sich vor allem in der Ausbeutung der Natur zeigen. Durch die Naturvergessenheit wurde der Gegensatz Mensch – Natur radikalisiert. Der französische Aufklärer René Descartes forderte, dass der Mensch Herr und Besitzer der Natur mittels der methodischen Anwendung von Wissenschaft und Rationalität werden müsse. Geist und Denken einerseits und Natur andererseits wurden als Gegensätze hingestellt: Einerseits das Immaterielle, das allein dem Menschen gehört, und andererseits das Materielle, das uns umgibt und in das Bild einer Maschine gefasst wurde. Descartes sah selbst in Tieren bewegte Maschinen, die wie ein Uhrwerk funktionierten. Die Natur wurde zur Ressource menschlicher Zwecke. Francis Bacons Forderung, man müsse auf der Folterbank der Natur ihre Geheimnisse entreißen, ebnete den Weg zu einem Naturverständnis, das den Menschen über die Natur stellt. Diese Entgegensetzung beinhaltet eine tiefe Entfremdung.

2. Die *Industrielle Revolution* hat eine technisch-ökonomische Dynamik ausgelöst, die einerseits eine *Selbstproduktion der Gesellschaft* möglich macht. Das ist die Grundlage für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die allerdings durch die Komplexitäten und Fernwirkungen immer anspruchsvoller wird. Die Moderne löst einen sozialen und kulturellen Wandel aus, der die Anschlussfähigkeit zwischen Individuum und Gemeinschaft immer wieder auflöst.

Damit stellt sich andererseits die Frage, ob die immer weitergehende Ausdifferenzierung, Beschleunigung und Entgrenzung von Zeit und Raum, die die Entwicklung der modernen Gesellschaft prägt, fortgesetzt werden kann? Oder ob im Gegenteil Mechanismen der Entschleunigung, Dezentralisierung, Ganzheitlichkeit und Kreislauf-führung notwendig sind, um das Hauptziel der europäischen Moderne, *die Idee der sozialen Emanzipation der Menschen in Solidarität und Freiheit*, zu bewahren und zu erweitern?

3. Der dritte tiefe Einschnitt ist die *Entbettung der kapitalistischen Ökonomie* aus gesellschaftlichen Bindungen, die mit der Industriellen Revolution begann und die sich heute durch die Globalisierung der Märkte und die Digitalisierung der Welt zuspitzt. Aber die Delegitimierung der Demokratie durch die globale Arbitrage ist kein Naturgesetz, sondern politisch ermöglicht worden. Die Ursache liegt in der Entbettung der Märkte. Und das wiederum führt zu Gegenbewegungen, die sich in autoritären, gewaltsamen Formen entladen können. Neue Formen der Einbindung sind notwendig.

Angetrieben von den ökonomischen Verwertungszwängen und expressiven, modularen Konsumformen mündet die *Pfadabhängigkeit des „extensiven wirtschaftlichen Wachstums“* (Richta-Report der Prager Akademie der Wissenschaften) in der Selbstgefährdung moderner Gesellschaften. Die unvollendete Moderne hat sich durch die einseitige Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt von ihrem Hauptziel, der sozialen Emanzipation der Menschen, entfernt.

In „Haben oder Sein“ beschrieb Erich Fromm die „große Verheißung des unbegrenzten Fortschritts“ als das „Ende einer Illusion“: „Wir waren im Begriff, Götter zu werden, mächtige Wesen, die eine zweite Welt erschaffen konnten, wobei uns die Natur nur die Bausteine für unsere neue Schöpfung zu liefern brauchte. ... Und obwohl dies nur für die Mittel- und

Oberschicht galt, verleiteten deren Errungenschaften andere zu dem Glauben, die neue Freiheit werde schließlich allen Mitgliedern der Gesellschaft zu Gute kommen, wenn die Industrialisierung nur in gleichem Tempo voranschreite.“

Globalisierung der Umweltzerstörung

Ob in der Chemie und Dynamik der Atmosphäre, im Wasserkreislauf, in der Artenvielfalt und der Fruchtbarkeit der Böden – die stärksten Veränderungen sind jüngeren Datums. In keinem dieser Bereiche wurde zu Beginn des letzten Jahrhunderts mehr als ein Drittel der heutigen Schädigungen festgestellt. Die Menschheit brauchte nur 52 Jahre, um die Zahl der Menschen von 3,5 Milliarden 1967 auf heute fast acht Milliarden zu steigern. Der Energieeinsatz hat sich in diesem Zeitraum nahezu vervierfacht, noch stärker stiegen die Kohlendioxidemissionen an. Die Naturzerstörung hat eine bedrohliche Dimension angenommen.

Der anthropogene Klimawandel: Mit dem Klimawandel hat die Menschheit ein beispielloses Experiment mit der Belastbarkeit unseres Planeten begonnen. Die Konzentration der Treibhausgase – bezogen auf CO₂ – hat bereits fast 420 parts per million (ppm) erreicht. Bei 430 ppm beträgt die Erderwärmung 1,5 Grad Celsius, die heute nicht mehr zu verhindern ist. Um 2065 ist ein Anstieg auf ca. 2 Grad Celsius zu erwarten. Die Auswirkungen werden in erster Linie für die ärmsten, oftmals ökologisch empfindlichsten Regionen der Erde katastrophal sein. Dagegen können die reichen Industriestaaten noch längere Zeit im Zustand der „Grenzüberziehungen“ bleiben, weil die Hauptverursacher*innen der anthropogenen Erderwärmung nicht die Hauptbetroffenen sind. So wird beispielsweise der afrikanische Kontinent besonders stark vom Klimawandel betroffen werden, obwohl er nur mit weniger als vier Prozent an den Treibhausgasemissionen beteiligt ist.

Trotz des UN-Klimarahmenvertrages, der seit 1992 die Weltgemeinschaft verpflichtet, die Emissionen zu senken, haben sich die CO₂-Emissionen in den letzten 28 Jahren nahezu verdoppelt. Im Jahr 2018 erreichten sie den bisher höchsten Zuwachs überhaupt. Auch Trinkwasser, das wichtigste Lebensmittel der Menschen, wird in weiten Teilen Asiens und Afrikas knapp. Der Klimawandel macht die Versorgung noch schwieriger. Erderwärmung, übernutzte Böden und Wasserknappheit verursachen Hungerkatastrophen und zwingen viele Menschen zur Migration.

Zerstörung der Biodiversität: Die Zerstörung der Natur schreitet immer schneller voran. Nur gesunde Ökosysteme können Nahrung, Rohstoffe, Trinkwasser, saubere Luft, fruchtbare Böden und ein stabiles Klima liefern. In der Europäischen Union (EU) hängen rund sieben Prozent aller Arbeitsplätze von der Stabilität der biologischen Vielfalt ab. Der Mensch greift jedoch massiv in die Biosphäre ein. Jährlich gehen zwischen 20.000 bis 50.000 Quadratkilometer Landflächen allein durch Bodenerosion verloren. Der Mensch hat die natürliche Aussterberate um das Hundert- bis Tausendfache erhöht.

Endlichkeit der Ressourcen: Mit Peak Oil, dem Höhepunkt der Ölförderung, zieht eine weitere große Bedrohung herauf. Die Industriegesellschaft ist von Öl so abhängig wie der Süchtige von der Nadel. Ohne Öl wären die Massenmotorisierung, die globale Arbeitsteilung und der modulare Konsum in der heutigen Form nicht denkbar geworden. Doch das Ende der Ölzeit rückt näher. Seit 2008 kommt die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris zu dem Ergebnis, dass das Plateau der Ölförderung erreicht ist und die Produktion nicht weiter gesteigert werden kann. Aber selbst bevölkerungsreiche Schwellenländer, insbesondere China und Indien, stehen erst am Beginn der Massenmotorisierung. So wächst die Gefahr von Verteilungskonflikten, aus denen Ressourcenkriege werden können.

Fracking heißt das vermeintliche Zauberwort für angeblich mehr Erdöl und Erdgas. Mittels hydraulischer Stimulation der Erdschichten durch eine chemische Flüssigkeit wird die Durchlässigkeit von Gesteinsschichten hergestellt, so dass Fluide zur Bohrung fließen. Der Hype um *Light Tight Oil* ist Selbstbetrug. Die Mengen, die äußerst umweltschädlich erzeugt werden, könnten nur für wenige Jahre genutzt werden, aber auch nur dann, wenn dafür Umwelt- und Naturschutzgesetze außer Kraft gesetzt und große Schädigungen hingenommen werden.

Planetarische Grenzen: Das Wissenschaftler*innen-team unter der Leitung des schwedischen Umweltforschers Johan Rockström hat das Konzept der planetarischen Grenzen (*planetary boundaries*) entwickelt. In neun zentralen Umweltdimensionen wurden die Grenzen der Belastbarkeit untersucht: In drei davon – Klimawandel, Stickstoffkreislauf und Aussterberate von Arten – sind die planetarischen Grenzen deutlich überschritten. In drei Dimensionen – Aragonit-Sättigung in Oberflächenwasser, globaler Süßwasserverbrauch und Ackerland – wird die Situation

in absehbarer Zeit kritisch. Nur bei der stratosphärischen Ozonkonzentration hat sich die Lage verbessert, weil es nach dem dramatischen Abbau der Ozonschicht Ende der 1980er-Jahre zum Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) und Halonen kam. Zwei Dimensionen – atmosphärische Aerosole und Belastung durch Chemikalien – konnten bisher nicht hinreichend bewertet werden.

Welterschöpfungstag: Die expansive Nutzung des Naturkapitals ermöglicht zwar einen Wirtschafts- und Lebensstil, der den Industrie- und Ressourcenstaaten einen enormen Wohlstand ermöglicht hat, aber dadurch wird die Tragfähigkeit der Erde weit überschritten. Im Jahr 2021 wurde der „Welterschöpfungstag“ bereits Ende Juli erreicht. Faktisch nutzt die Menschheit bereits 1,75 Erden. Das belegt der „ökologische Fußabdruck“ (Ecological Footprint), eine Berechnungsgröße, die 1994 von Mathis Wackernagel und William Rees entwickelt wurde. Er erfasst die Fläche, die notwendig ist, um Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen bezüglich Produktion, Konsum, Energie, Material, Mobilität sowie die erzeugten Emissionen und den Müll dauerhaft naturverträglich zu erhalten. Der globale ökologische Fußabdruck ist heute 2,7-mal höher als mit dem Erdsystem verträglich, in den USA wären das hochgerechnet für die Erde sogar 7,2-mal und in Deutschland 4,6-mal.

Auch wenn coronabedingt der Welterschöpfungstag stagniert beziehungsweise leicht rückgängig ist, so ist der Trend ungebrochen. Im Jahr 2000 lag er noch im November eines Jahres. Die Zerstörung der Biomasse der Erde und die Belastung der Öko-System sind ungebrochen.

Die überlastete Erde: Gegenüber der Industriellen Revolution (ca. 1800) hat sich die Weltbevölkerung nahezu verzehnfacht, der Ressourcenverbrauch pro Kopf fast verzweifach und die Eingriffstiefe in die Stoffkreisläufe bis zum Hundertfachen erhöht. Angesichts des hohen Bevölkerungswachstums, der nachholenden Industrialisierung der Schwellenländer und des immer noch steigenden Wohlstands in den Industriestaaten nimmt die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen weiter stark zu. Zugleich vergrößern sich die sozialen Ungleichheiten in den Gesellschaften – im Norden wie im Süden.

Die hier aufgezeigten Fakten belegen: In ihrem maßlosen Beschleunigungs- und Wachstumswahn stößt

der Verwertungszwang unregelter Marktwirtschaften an naturbestimmte, auf jeden Fall naturabhängige Grenzen. Durch die Übernutzung des Naturkapitals werden *Naturschranken* überschritten, die nicht überschritten werden dürfen. Denn die natürlichen Ressourcen sind unverzichtbare materielle, energetische und räumlich-ästhetische Grundlage des menschlichen Lebens. Damit werden die Voraussetzungen des menschlichen Lebens zerstört.

Unsere Antwort – die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation

Die neue Epoche des Anthropozäns baut sich seit den 1950er-Jahren auf, seit der „Great Acceleration“. Auslöser waren die Radionuklide aus den Atomversuchen, die massenhafte Produktion von Chemie und Plastik, der Aufstieg der Massenmotorisierung und der autogerechten Städte, die Beschleunigung der industriellen Massenproduktion sowie die hohe Zunahme des Bevölkerungswachstums.

Seit den 1970er-Jahren zeigen sich die Folgen der jahrhundertealten *Naturvergessenheit* immer deutlicher. Das quantitative Wirtschaftswachstum wurde mit Wohlstand und Beschäftigung legitimiert. Der Natur- und Umweltschutz wurde dagegen als Wachstum bremsend abgetan. Doch die außergewöhnliche Wachstumsperiode der Nachkriegszeit endete in Westdeutschland in den 1970er-Jahren. Der *kurze Traum von der immerwährenden Prosperität* (Burkart Lutz) war vorbei.

Dennoch setzte sich ein ökonomisches Einheitsdenken durch, das von betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgeht, die im Zuge der Ökonomisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf alle Lebensbereiche übertragen werden sollten – was in sehr vielen Bereichen auch geschah. Die Tragweite des beginnenden Umbruchs wurde nicht oder nur langsam erkannt. Statt zu einem neuen Modell von Fortschritt und Entwicklung zu kommen, wurde mit immer neuen, aber höchstens befristet wirksamen Maßnahmen auf unterschiedliche Krisen reagiert, um wieder zu einem höheren Wachstum zu kommen.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Aufstieg des Finanzkapitalismus zu sehen. Der Rückzug der Politik aus der Steuerung der Wirtschaft durch den keynesianischen Wohlfahrtsstaat begann mit dem Zusammenbruch des *Bretton-Woods-Systems* und setzte sich in den 1980er-Jahren durch. Das Nachkriegssystem hatte den entscheidenden Konstruktionsfehler, die Stabilität der Währungen an den US-Dollar zu

koppeln, der als Leitwährung des Weltwährungssystems funktionieren sollte. Neben der Dominanz des Dollars gehörten auch fehlende Mechanismen in der Zahlungsbilanzanpassung, gegen Handelsbilanzüberschüsse und die Starrheit fester Wechselkurse zu den Mängeln des Systems.

Als Frankreich 1971 seine Dollarreserven in Gold eintauschen wollte, wären die USA praktisch pleite gewesen. US-Präsident Richard Nixon kündigte die Verpflichtung auf, Dollar in Gold einzulösen. Washington wollte die hohen Kosten des Vietnamkrieges nicht bezahlen, sondern sie auf andere Volkswirtschaften abwälzen. Spekulatives Kapital floss nach Europa.

1973 katapultierte die Krise ausgerechnet die Geldpolitik an die Spitze der Wirtschaft. Die Geschäftsbanken übernahmen das Kommando, die Wall Street die Regie über die Weltwirtschaft. Mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte trieben die Finanzinstitute die Unternehmen mit übersteigerten Gewinnerwartungen vor sich her. Die Finanzdienstleistungen verselbstständigten sich. Deregulierung und Privatisierung sowie der Aufstieg des Neoliberalismus und die Schwächung des öffentlichen Sektors verschärften die Krise.

Nach der Inflationierung der Weltwirtschaft kam es zu einer hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte, zu steigenden Sozialkosten und zahlreichen Konjunkturprogrammen. Darauf folgte eine Politik des billigen Geldes und zuletzt kam es zur bewusst geförderten privaten Verschuldung, die 2008 in den USA in die Subprime-Krise führte und die globale Finanzkrise auslöste. Im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank setzten die USA den Washington-Konsens durch, der die Weltwirtschaft auf neoliberalen Kurs trimmte. Dieser *ökonomische Kolonialismus* schlug mehr oder minder auf alle Volkswirtschaften durch, sicherte die Interessen der Banken und baute deren Macht weltweit aus.

Vor diesem Hintergrund ist die heutige Transformationsdebatte zu sehen. Sie muss die drei gewaltigen Herausforderungen - wirtschaftliche Krisenhaftigkeit, soziale Ungleichheit und ökologische Zerstörung - in einem Zusammenhang sehen, der sich über einen längeren Zeitraum aufgebaut hat. Die Gestaltung der Transformationsprozesse wird nur möglich, wenn die Demokratie erweitert wird und das Projekt der sozialen Emanzipation ins Zentrum der Politik rückt.

Das ist die große Chance des Anthropozän-Konzepts. Es rückt die Rolle des Menschen ins Zentrum. Wir müssen alles tun, dass er nicht der Zerstörer der Zivilisation ist, sondern der Gestalter. Uns geht es um die Erweiterung der Emanzipationsidee, die soziale und ökologische Befreiung des Menschen von Abhängigkeiten, Zwängen und Unterdrückung.

Das entspricht der Leitidee der *nachhaltigen Entwicklung*. Aber tatsächlich ist die Nachhaltigkeit zu einem beliebigen Plastikwort verkümmert. Im Anthropozän stehen wir an einem Scheidepunkt, an dem fünf weitere Pfade denkbar werden:

1. *Öko-autoritäre Strategien*, weil die ökologischen Herausforderungen nur durch harte politische Vorgaben bewältigt werden könnten, eine Technokratie der Macht für Verzicht und Verbote. Derartige Reaktionen werden denkbar, wenn es nicht bald zu notwendigen Reformen kommt und der Handlungsdruck massiv steigt.
2. *Öko-imperiale Strategien*, die darauf ausgerichtet sind, den Zugang zu Ressourcen in die industriellen Kern- und großen Schwellenländer abzusichern und die negativen ökologischen Folgen auf andere Weltregionen zu verlagern. Globale Gefahren wie die Klimakrise bedeuten nämlich noch lange nicht, dass es zu einem gemeinsamen Handeln kommt. Vor allem wächst die Gefahr, dass die Folgen noch stärker zu Lasten sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen externalisiert werden.
3. *Neoklassische umweltökonomische Strategien*, in denen marktorientierte Preismechanismen dazu führen sollen, die Umwelt- und Ressourcenkrise zu bearbeiten. Der Staat solle nur dann eingreifen, wenn es zu einem gravierenden Marktversagen kommt.
4. *Verzichtsforderungen*, die vor allem an das Individuum gerichtet sind, aber die gesellschaftlichen Zusammenhänge ausblenden.
5. *Klagestrategien*, die ökologische Ziele nicht durch politische Programme und Maßnahmen erreichen, sondern durch rechtliche Entscheidungen erstreiten.

Natürlich sind alle diese Wege in ihren einzelnen Punkten durchaus nutzbar und manchmal auch sinnvoll, aber entscheidend ist eine Strategie und Programmatik, die eine umfassende *sozial-ökologische Gestaltung der Transformation* möglich macht. Ihre Grundlage muss ein solidarisches Emanzipati-

onsprojekt sein. Dazu gehören die Zusammenführung von Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft, mehr Demokratie und Partizipation, Neuorientierung der Wissenschaft und Neuordnung der Ressourcen- und Energiebasis in Richtung auf Vermeiden, also starke Reduktion der Verbräuche bei absoluter Entkopplung vom BIP. Dazu bedarf es eines handlungsfähigen Staates und einer ökologischen Infrastruktur. Die soziale Gerechtigkeit muss unmittelbar in diesen Prozess verankert werden.

Die Natur- und Umweltschutzbewegung nimmt für den Umbau eine Schlüsselrolle ein, die sich nicht allein aus den ökologischen Themen ergibt. Sie muss die Umweltpolitik zur Gesellschaftspolitik machen und neue Allianzen mit Partner*innen, insbesondere den sozialen Bewegungen, schmieden und eine aktiv gestaltende Rolle in der sozial-ökologischen Gestaltung des Transformationsprozesses einnehmen.

Der Umbau verlangt eine hohe soziale Kompetenz aller Akteur*innen. Die Leitidee der Nachhaltigkeit ist eine gesellschaftspolitische Antwort auf die Herausforderungen. Dafür muss die Umwelt- und Naturschutzbewegung die Gesamtheit der Herausforderungen verstehen und die Hemmnisse, Widerstände und Interessen benennen, die den Umbau blockieren. Nachdem das Wachstum von Wissenschaft, Technik und Ökonomie in den beiden letzten Jahrhunderten zum bewegenden Zentrum im Denken und Handeln sowie zum wichtigsten Bezugspunkt gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe wurde, muss es zu einem neuen Verständnis von Fortschritt kommen, das von den Grenzen und der Endlichkeit des Erdsystems ausgeht.

Heute wird die absehbare Alternative deutlich: Entweder kommt es zu einem Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und neuer Gewalt oder zu einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit durch ökonomischen Umbau, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit. Nachhaltigkeit setzt den Primat der Demokratie voraus, um sozial-ökologische Umbauprogramme durchzusetzen und mehr Reformen und demokratische Teilhabe zu verwirklichen. Im Zentrum stehen drei zentrale Prinzipien:

- Durch die Globalisierung der Märkte wurde die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates geschwächt. Deshalb muss die Legitimation politischer Institutionen und auch die demokratische

Handlungsfähigkeit auf der regionalen und lokalen Ebene gestärkt werden. Nachhaltigkeit zielt darauf ab, Demokratie nach oben und nach unten zu erweitern. Dazu gehört auch eine Regionalisierung der Weltwirtschaft, um neue Gleichgewichte zu schaffen.

- Nachhaltigkeit wird nur dann Akzeptanz finden, wenn sie eng mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Erweiterung von Partizipation verbunden wird.
- Die soziale, friedliche und ökologische Dimension der EU muss gestärkt werden, damit sie zu einer gerechten Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung beitragen kann. Europa wird in der globalisierten Welt nur dann eine gestaltende Kraft sein, wenn die EU sich auf gemeinschaftliche Ziele der friedlichen und sozial-ökologischen Gestaltung der Transformation verständigt.

Es geht im Anthropozän nicht um eine Untergangsperspektive dumpfer Schicksalhaftigkeit, sondern um mehr Aufklärung und Vernunft, mehr Demokratie und Verantwortung, mehr Allgemeinwohl und politische Gestaltungskraft. Wir wollen das große Ziel der Moderne, die Idee des guten Lebens durch die soziale Emanzipation der Menschen, auf neuen nachhaltigen Pfaden verwirklichen. Der Ausgangspunkt ist die Endlichkeit und die Störanfälligkeit unseres Planeten. Deshalb streiten wir für eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation:

- **nachhaltig umbauen und handeln;**
- **Wirtschaft und Technik sozial und ökologisch gestalten;**
- **Gesellschaft solidarisch organisieren;**
- **Demokratie und Mitbestimmung stärken.**

Die NaturFreunde werden Veranstaltungen und Diskussionen zum Anthropozän und zur sozial-ökologischen Transformation organisieren, Seminare zum Thema im Rahmen der Ehrenamtsakademie durchführen und sich vor Ort für eine gesellschaftliche Sensibilisierung einsetzen. Die Bundesebene organisiert ein Teamer*innen-Seminar zur Schulung von Referent*innen für die Ortsgruppen. Der Bundesvorstand organisiert auch eine inhaltliche Tagung zum Thema. Eine Zusammenarbeit mit der Naturfreundejugend wird angestrebt, um Bildungsmaterialien für den Erwachsenen- und Jugendverband zu erarbeiten.



Unser Verständnis von der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation

In den letzten Jahren ist in der politischen und öffentlichen Debatte der Begriff der Transformation populär geworden. Die NaturFreunde haben den entscheidenden Anstoß gegeben, dass es 2012 zusammen mit dem DGB, Einrichtungen der EKD und dem DNR zum „Transformationskongress“ gekommen ist. Dennoch sind der Begriff und seine historische und analytische Würde unklar geblieben. Deshalb ist eine Klärung notwendig:

- Transformation steht häufig einfach für jede gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderung, aber das greift zu kurz.
- In den 1990er-Jahren war mit Transformation die Umwandlung der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Mittel- und Osteuropa in kapitalistische Marktwirtschaften gemeint, doch es geht vielmehr um die Bewertung marktwirtschaftlicher Ordnungen.
- Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltfragen der Bundesregierung beschreibt Transformation modernistisch und machbarkeitsseelig als die „Utopie der ökonomischen Ökologisierung“.

Dagegen sehen die NaturFreunde in der Transformation in erster Linie eine analytische Kategorie, die an die Arbeiten des Wiener Wirtschaftstheoretikers Karl Polanyi anknüpft. Die Transformation darf auch heute kein inhaltsleerer, modischer Begriff sein, sondern erfordert eine fundierte Zeitdiagnose, die von der liberalen Utopie der Marktgesellschaft, ökonomischen Machtinteressen und ideologischen Zusammenhängen ausgeht. Nur so kann er zu einer Grundlage für eine sozial-ökologische Gestaltung der Veränderungsprozesse werden. Von daher muss die Definition, was Transformation bedeutet, unter die Oberfläche ökonomischer Prozesse gehen, die Zusammenhänge verstehen und eine Perspektive für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln.

Polanyi geht bei seiner Analyse von den ökonomischen Verwertungszwängen der freien Marktwirtschaft aus. Für ihn liegt in der Verselbstständigung der Marktkräfte, die er als Entbettung aus gesellschaftlichen Zusammenhängen beschreibt, die Ursache für die Erniedrigung menschlicher Tätigkeiten,

die Erschöpfung der Natur und die Krisen und Erschütterungen der Wirtschaft. Er erklärt die großen Krisen der Industriegesellschaften mit der Verallgemeinerung des Marktprinzips ohne politische Gestaltung und demokratische Kontrolle.

Von daher sehen die NaturFreunde den Transformationsbegriff in einem engen Zusammenhang mit einer ökonomischen Analyse. Die heute vorherrschenden Transformationsbegriffe enthalten oft keine Ursachenbeschreibung, sondern stehen nur für bloße Veränderungen. Polanyis (und unser) Verständnis geht tiefer: „Wir vertreten die These, dass die Idee eines selbstregulierenden Marktes eine krasse Utopie bedeutet. Sie sieht in der Arbeit, der Natur und dem Geld nichts anderes als Waren ohne Rückbindung an die Gesellschaft.“

Der Markt kann ohne Regulierung über längere Zeiträume nicht bestehen, ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten. Von daher geht es um die Rolle des Marktes in der Entwicklung der Gesellschaft und die notwendige politische Rahmensetzung. Als Reaktion auf ein Marktversagen entstehen Gegenbewegungen, die nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 in den USA zum New Deal von 1933, in Deutschland aber mit der nationalistischen Ideologie zur Machtübergabe an den Faschismus führten. Es geht nicht um staatliche Planwirtschaft, sehr wohl aber um die Frage, wie auf „unserem endlichen, überbevölkerten, ungleichen, verschmutzten und störanfälligen Planeten“ eine wirtschaftliche Ordnung aussehen muss, die sozial gerecht und ökologisch verträglich ist.

Heute muss die Antwort auf die Große Transformation anders aussehen als in den 1930er-Jahren. Denn angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums funktioniert auch die Antwort des Wohlfahrtsstaates immer weniger. Wir geben seine Idee nicht auf, aber es muss darum gehen, die sozialen und ökologischen Ziele unmittelbar in den ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess zu integrieren.



Weiterarbeit mit dem Manifest der NaturFreunde

Der 30. Bundeskongress der NaturFreunde in Nürnberg hat das

Manifest für eine soziale und ökologische Transformation:

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

beschlossen. Wir sind damit ein programmatischer Vorreiter in der Umweltbewegung. In den letzten drei Jahren haben wir darüber in internen und öffentlichen Veranstaltungen debattiert. Das Manifest wurde auch auf den fünf *Treffpunkten N* behandelt. Ebenfalls haben wir darüber die Debatte mit anderen Verbänden und Organisationen gesucht.

Die NaturFreunde wollen zu den programmatischen Vorreitern der neuen Erdepoche werden. In den nächsten drei Jahren wollen wir deshalb die Diskussion über das Manifest innerhalb der NaturFreunde und vor allem mit befreundeten Organisationen vertiefen und in folgenden fünf Punkten konkretisieren:

1. *Welche Konsequenzen müssen aus dem Anthropozän gezogen werden:* Was sind die politischen, kulturellen und ökonomischen Herausforderungen in der neuen Erdepoche? Wie stellt das Anthropozän die Gestaltungs- und Verteilungsfrage und welche Antworten geben wir darauf?
2. *Was ist die Große Transformation heute:* Was bedeutet die Transformationsfrage im Anthropozän? Welche sozialen und ökologischen Konsequenzen müssen daraus gezogen werden, dass die Leitidee der Linearität als Grundlage des Fortschritts korrigiert werden muss, weil sie auf technisch-ökonomisches Wachstum reduziert wurde? Wie kann die Ökologie zum festen Bestandteil

des technischen Fortschritts und der ökonomischen Prozesse werden?

3. *Nur gerechte Gesellschaften sind reformfähig:* Wie können soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbunden werden? Wie wird angesichts der Grenzen des Wachstums ein „ökologischer Sozialstaat“ möglich, der von den planetarischen Grenzen ausgeht? Welche Rolle spielen dabei die 17 Sustainable Development Goals (SDG) der UN?
4. *Wir wollen mehr Demokratie wagen:* Unsere Zeit ist geprägt von Abgrenzung, Desintegration und Spaltung. Wie können mehr Demokratie, Partizipation und Bürger*innenbeteiligung, mehr Gemeinsamkeit und soziale Integration, neue Bündnisse und Allianzen verwirklicht werden?
5. *Die Rolle der NaturFreunde im Anthropozän:* Welche Rolle können wir in der neuen Erdepoche spielen? Was ist unser Selbstverständnis und welche Organisationsformen und Schwerpunkte setzen wir? Wie kann Umweltpolitik zur Gesellschaftspolitik und einem sozial-ökologischen Emanzipationsprojekt werden?

Unsere Zeit braucht einen Perspektivenwechsel. Das Anthropozän braucht eine neue Sichtweise. Ihr Schwerpunkt wird der Umgang mit den ökologischen Grenzen sein. Auf jeden Fall muss künftig neben der Umstellung auf die Solarwirtschaft die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität deutlich höher liegen als das wirtschaftliche Wachstum.



2. Themenbereich: Zivilgesellschaft und Bürger*innenrechte stärken

Ja zu den Grundrechten und zu ihrer tatsächlichen Umsetzung!

Die NaturFreunde Deutschlands stehen zu den Grundrechten des Grundgesetzes, die vor mehr als 70 Jahren als Lehre aus der Nazibarbarei und dem verlorenen Krieg als gemeinsame Werte der bundesrepublikanischen Gesellschaft verankert wurden.

Wie Wolfgang Abendroth 1966 feststellte, ist der „Kampf um die Bewahrung der Grundrechte [...] also immer Kampf um die Bewahrung der demokratischen Struktur des Staates selbst“.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern nicht nur den Erhalt dieser Grundrechte und wehren sich gegen eine weitere Verwässerung durch einschränkende Klauseln, sondern fordern auch deren bessere Umsetzung. Als Beispiele für nicht ausreichend verwirklichte Grundrechte mögen dienen:

- die Menschenwürde für ALLE Menschen;
- die Gleichberechtigung der Geschlechter;

- die Gleichstellung und der Schutz von Benachteiligten und Diskriminierten;
- die Sozialverpflichtung des Eigentums.

Es ist an der Zeit, die sozialen Grundrechte und die Kinderrechte zu stärken, indem sie auch in den Grundrechtekatalog des Grundgesetzes aufgenommen werden.

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, eine Enquete-Kommission zu diesem Themenkomplex einzusetzen. Dabei müssen auch Jugendliche, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Intellektuelle einbezogen werden.

Der Beschluss wird an die demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag und die demokratischen Parteien übermittelt, verbunden mit der Bitte, ihn in der neuen Legislaturperiode umzusetzen. Der Bundesvorstand wird einen entsprechenden Antrag bei einem der nächsten SPD-Bundesparteitage stellen.



Wohnen ist ein Menschenrecht - bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum für alle!

Das Menschenrecht auf Wohnen ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie im von der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1973 ratifizierten Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) festgeschrieben. Es beinhaltet den Anspruch auf hinreichenden Wohnraum mit der notwendigen Infrastruktur wie Wasser und Strom, den Schutz vor staatlichen und privaten Eingriffen in der Wohnung, den offenen und diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnraum wie auch eine menschenwürdige Wohnqualität (Mindestbedingungen an Wohnbarkeit, Gesundheit und Sicherheit sowie kulturelle Vielfalt des

Wohnens). Die Hauptverantwortung für die Umsetzung des Menschenrechts auf Wohnen kommt dem Staat zu.

Das Recht auf „angemessenen“ Wohnraum ist wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte hat jedoch diesen Grundsatz nicht verfolgt und stattdessen zu einer immer mehr zunehmenden Schiefelage auf dem Wohnungsmarkt beigetragen. Seit 2009 sind die Angebotsmieten in den Großstädten überproportional gestiegen und haben sich von der Inflation und der Einkommensentwicklung entkoppelt. Beispielsweise stiegen in München die Ange-

botsmieten um 61 Prozent, in Heilbronn um 76 Prozent und in Berlin sogar um 104 Prozent. Für viele ist die Stadt damit unbezahlbar geworden. Gründe für die Preissteigerungen sind die ständig abnehmende Anzahl an Sozialwohnungen, das Ende der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in den 1990er-Jahren sowie eine verfehlte Boden- und Planungspolitik.

Die Mietsteigerungen sind Ergebnis einer unsozialen Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte. Immer mehr monopolartige Fonds verwalten Wohnraum und setzen rigoros ihre Gewinninteressen durch. Die Folge ist eine rücksichtslose Verdrängung bisheriger Mieter*innen und oftmals ein hemmungsloses „Raussanieren“. Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte wurden allein in Berlin mehr als 300.000 ehemals öffentliche Wohnungen an private Fonds und Großinvestor*innen verkauft. Diese großen Aktienkonzerne und Fonds ziehen aus der Vermietung Profite für wenige Anteilsbesitzende und treiben damit die große Umverteilung der letzten Jahrzehnte durch Wohnungsmieten weiter an.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass dem Land Berlin keine Kompetenz bei der Schaffung eines Mietendeckels zusteht, fordern die NaturFreunde die neue Bundesregierung auf, einen bundesweiten Mietendeckel sofort umzusetzen. Die NaturFreunde unterstützen deshalb die von DGB, Paritätischem Gesamtverband, Berliner Mieterverein und Deutschem Mieterbund gestartete Kampagne „Mietenstopp!“ sowie Initiativen zur Rekommunalisierung und wo nötig Vergesellschaftung der Wohnungsbaubestände.

Die NaturFreunde setzen sich für die Erhöhung der Wohnqualität in den Wohnquartieren ein, indem durch eine Aufstockung und Weiterentwicklung der Städtebauförderung der Um- und Ausbau der Wohnquartiere hin zu einer sozialen, klimagerechten und klimaangepassten Stadt gefördert wird. Die Städte, Gemeinden und Regionen müssen nach ökologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der dort Wohnenden umgebaut werden. Bestehende Gebäude müssen energetisch saniert werden, ohne dass dies zur Verdrängung oder Mieterhöhung führt.

Wir halten es für einen Skandal, dass auf Druck der CDU/CSU sowohl die Kosten der energetischen Sanierung auf die Mieter*innen abgewälzt werden können, die Mieter*innen aber auch die Kosten wegen der gestiegenen CO₂-Abgabe allein tragen müssen.

Die Mieter*innen haben weder Einfluss auf den Weiterbetrieb einer alten oder den Einbau einer neuen Heizung, noch auf Wärmedämmmaßnahmen. Dies ist ungerecht und verschärft das Problem der Energiearmut. Damit machen die Hausbesitzer*innen einen doppelten Profit: Sie kassieren eine höhere Miete und kommen in den Genuss der Wertsteigerung.

Zum Schutz der Mieter*innen gegen Entmietung und Verdrängung muss der öffentliche und gemeinnützige Sektor auf allen Feldern der Wohnungs- und Mietpolitik ausgeweitet und gestärkt werden. Dazu zählen auch das Bau- und Planungsrecht sowie eine soziale Bodenpolitik. Insbesondere der Spekulation mit Boden muss ein Riegel vorgeschoben werden. Jetzt noch im Besitz der öffentlichen Hand befindliche Flächen dürfen nicht mehr veräußert, sondern nur noch über Erbpachtmodelle vergeben werden. Von Bund und Ländern nicht mehr benötigte Flächen und Immobilien müssen auf Antrag der Kommunen diesen überlassen werden. Zu prüfen sind auch Preisobergrenzen, damit ein soziales Gleichgewicht bewahrt werden kann.

Im Bau- und Planungsrecht müssen alle Möglichkeiten umfassend genutzt und erweitert werden, um das Recht auf ein menschenwürdiges Wohnen besser zu schützen und Verdrängung, Umwidmung und Entmietung von preiswertem Wohnraum zu stoppen. Wohnen ist ein knappes Gut, das durch öffentliche Vorgaben gesichert werden muss. Die Erzählung, dass die unsichtbare Hand des Marktes nur genügend Freiheiten bräuchte, um günstigen Wohnraum zu schaffen, ist gescheitert. Wohnraum entsteht nur, wenn der Staat diesen fördert.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einzuführen und die rechtlichen Rahmenbedingungen im Genossenschaftsrecht zu reformieren, damit sie ihren ursprünglichen Zielen der Förderung der solidarischen Selbsthilfe gerecht werden. Wohnungsgenossenschaften müssen sich auf ihre historischen Wurzeln zurückbesinnen, um ein solidarisches Zusammenleben möglich zu machen.

Von der nächsten Bundesregierung fordern die NaturFreunde darüber hinaus:

- § 559 im BGB zu streichen, der häufig für Willkür und Vertreibung genutzt wurde, und die Modernisierung von Häusern und Wohnungen neu zu regeln, damit die Rechte der Mieter*innen geschützt werden. Die Modernisierungsumlage darf

kein Instrument der Vertreibung, Entmietung und Willkür sein;

- den hemmungslosen Missbrauch von Wohnungsmodernisierungen zu beenden und ihn hart zu bestrafen. Modernisierung hat mit Reparaturen nichts zu tun, zu deren Durchführung die Vermieter*innen ohne Erhöhung der Miete verpflichtet sind;
- eine wirksame Mieter*innenmitbestimmung bei Modernisierungsmaßnahmen einzuführen, die die Mieter*innenrechte bei Planung, Durchführung und Vergabe stärken und ein Vetorecht verankern;
- das Recht auf Ablehnung von Modernisierungsmaßnahmen aus sozialen Härtegründen festzuschreiben;
- die Abschaffung der Modernisierungsumlage und eine gesetzliche Festschreibung, dass bei energetischen Modernisierungen die Miete nicht stärker steigen darf, als Mieter*innen an Heizkosten sparen;
- den hemmungslosen Missbrauch von Betriebskostenabrechnungen zu beenden, der nicht dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit (§ 560 BGB) entspricht, zum Beispiel durch Firmen in Vermieter*inneneigentum (Insourcing-Methode). Die Beweislast muss bei den Vermieter*innen liegen;
- die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit zum Ausbau des nicht profitorientierten Sektors auf dem Wohnungsmarkt;
- die Schaffung eines Aufbauprogramms „Neue Wohngemeinnützigkeit“, um Kommunen bei

der Überführung von Wohnraum in die Gemeinnützigkeit und Schaffung von neuem Wohnraum zu unterstützen;

- ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen, zum Beispiel durch die Nutzung als kommerzielle Ferienwohnungen;
- die Einführung eines Klimawohngeldes, damit sozial Benachteiligte bei energetischen Modernisierungen mögliche höhere Wohnkosten bezahlen können;
- die Weiterentwicklung beziehungsweise Verschärfung der Mietpreisbremse;
- die Einführung einer verpflichtenden Vorher-Nachher-Analyse bei energetischen Modernisierungen durch die Vermieter*innen;
- die Schaffung von mindestens 250.000 Sozialwohnungen pro Jahr;
- ein gesetzliches Verbot der Spekulation mit Wohnraum an der Börse.

Mit der Initiative Mietenstopp fordern die NaturFreunde:

- Die Mieten sollen auf dem jetzigen Stand flächendeckend und bundesweit für sechs Jahre eingefroren werden;
- damit faire Vermieter*innen, wie etwa viele Genossenschaften und private Vermieter*innen, nicht in Bedrängnis kommen, soll ihnen eine maximale Mietsteigerung von 2 Prozent jährlich erlaubt sein. Dies, insoweit die bislang gezahlte Miete bestimmte Oberwerte nicht übersteigt.



NaturFreunde und Digitalisierung - Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation gemeinsam angehen

Die Digitalisierung betrifft nicht nur nahezu alle Lebensbereiche, sie bietet auch vielfältige Möglichkeiten zur Lösung drängender Zukunftsprobleme. Eine verantwortungsvolle Digitalisierungspolitik ist daher ein Bestandteil der Daseinsvorsorge. Allerdings erfolgte bisher kaum eine Verknüpfung der Digitalisierung mit der notwendigen sozial-ökologischen Transformation.

Mit Blick auf die Möglichkeiten der Digitalisierung fordern die NaturFreunde Deutschlands die Bundesregierung dazu auf, sich für eine Form der Digitalisierung einzusetzen, die ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

Mit großer Sorge sehen wir, dass digitale Anwendungen zunehmend zur Planung und Ausführung von Militäroperationen genutzt werden. Daher sind sämtliche öffentlich finanzierte Planungen zur Digitalisierung mit militärischem Bezug einzustellen. Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf, den Einsatz von Methoden der Künstlichen Intelligenz (KI) im Militärbereich sofort zu stoppen.

In Bezug auf den Einsatz von KI-Systemen muss es grundsätzlich um ausreichende Transparenz gehen - aber dabei auch um die Transparenz der Datenherkunft und ihre Stimmigkeit, die Systemziele und Verarbeitungsparameter, die Verantwortlichkeiten und

die autonomen Schlussfolgerungen sowie die Kontroll- und Revisionsmechanismen.

Beim Ausbau der 5G-Funktechnologie muss der vorsorgende Gesundheitsschutz stärker in den Blick genommen werden. Dies umfasst auch die lokale Festlegung sensibler Bereiche, in denen niedrige Immissionen zu gewährleisten sind. Berechtigten Einwänden von Bürger*inneninitiativen und Betroffenenverbänden, die sich gegen die Installation von Mobilfunkanlagen insbesondere auf Schulen und Krankenhäusern wehren, ist stattzugeben. Eine sachgerecht begründete Risiko-Abwägung muss im Vordergrund stehen. Wissenschaftlich nicht haltbare Aussagen sind abzulehnen.

Des Weiteren fordern wir eine ökologisch- und gemeinwohlorientierte Gestaltung der Digitalisierung als Standard einer verantwortlichen Umweltpolitik verbindlich zu verankern. Es sind öffentlich-rechtliche digitale Infrastrukturen zu schaffen, die gewährleisten, dass Daten und Informationen im allgemeinen Interesse für die Bürger*innen frei zugänglich sind.

Darüber hinaus sollten sich die Entscheidungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gezielt für eine ausreichende Transparenz beim Einsatz von Systemen der Künstlichen Intelligenz einsetzen.



3. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

Stoppt den Flächenverbrauch – Netto-Null schon 2030!

Der enorme Flächenverbrauch in Deutschland und weltweit hängt eng mit der Klima- und der Biodiversitätskrise zusammen und widerspricht damit einer sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft. Daher fordern wir die Bundesregierung und alle anderen Entscheidungsträger*innen dazu auf:

1. Die Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null-Flächenverbrauch) bereits bis 2030 umzusetzen und so schnell wie möglich mit Übergangslösungen zu beginnen.
2. Entsprechende flächenpolitische Ziele und Teilziele rechtlich verbindlich zu verankern und diesen zuwiderlaufende Regelungen und Maßnahmen abzuschaffen; insbesondere den Paragraphen 13b Baugesetzbuch (BauGB) endgültig abzuschaffen.
3. Eine Strategie der Mehrfachnutzung der Fläche konsequent zu verfolgen, entsprechende Forschungsvorhaben zu fördern und die Umsetzung guter Mehrfachnutzungskonzepte stark voranzutreiben (zum Beispiel Gewerbe + Wohnen/Verwaltung + Erneuerbare Energien/Begrünung).
4. Verbindlichere Regelungen und mehr Unterstützung bei der Umsetzung des Grundsatzes Innen vor Außenentwicklung einzuführen.
5. Den Themen Wohnflächensuffizienz und Ressourcenschutz viel höhere Priorität einzuräumen.
6. Flächensparendere Konzepte anderen vorzuziehen, auch wenn die unmittelbaren Kosten und der Aufwand höher sind (zum Beispiel Photovoltaik auf bereits versiegelten Flächen vor Freiflächen-Photovoltaik). Bei flächenverbrauchenden Maßnahmen müssen in der Nutzen-Kosten-Analyse stets auch die möglichen Folgekosten miteinberechnet werden.
7. Die Belange des Bodenschutzes in der Raumordnungsplanung als großräumiges Steuerungsinstrument zu stärken.
8. Im Allgemeinen die Abfallhierarchie (Vermeidung vor Verwertung vor Beseitigung) stärker zu beachten und im Speziellen die Entsorgung von unbelastetem Mutterboden rechtlich verbindlich zu verbieten.

Zudem werden die NaturFreunde das Thema Flächenverbrauch vor Ort aktiv aufgreifen.



Hände weg vom Oderausbau!

Ein Ausbau des Grenzflusses Oder ist nicht notwendig. Wir fordern die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen auf, den naturnahen Zustand der Oder zu erhalten.



Den Plastikverbrauch reduzieren

Die NaturFreunde fordern eine drastische Reduktion des Plastikverbrauchs. Der „Markt“ alleine kann es nicht richten. Hauptsächlich auf freiwillige Maßnahmen (Selbstverpflichtungen) zu setzen, führt nicht zu einer wirklichen Lösung des Problems.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ambitionierte gesetzliche Regelungen mit Umsetzungsfristen zu beschließen, unter anderem

- a. Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten
- b. Staatliche Regelung zur Ausrüstung von Klärwerken mit effektiven Mikroplastikfiltern
- c. Wegfall der Subventionierung der Plastikherstellung - Rohöl ist steuerfrei, wenn es zu Plastik verarbeitet wird
- d. Steigerung der Recyclingquote durch Vorgaben bezüglich Beschichtungen von Verpackungen (Nur 16 Prozent des Kunststoffmülls in den „Gelben Säcken“ wird wirklich recycelt, das meiste

wird verbrannt oder ins Ausland geschafft. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Produkte wegen der verschiedenen Beschichtungen nicht recycelfähig sind.)

- e. Reduzierung und schrittweise Abschaffung von unnötigem Einwegplastik, indem Umweltkosten für Plastik sich im Preis niederschlagen

Der Bundesvorstand entwickelt ein Gesamtkonzept, das mindestens folgende Maßnahmen beinhaltet:

- Der Bundesvorstand entwickelt einen Leitfaden für alle Naturfreundehäuser, wie möglichst viel Plastik vermieden werden kann.
- Handel und Industrie müssen in die Pflicht genommen werden, Plastik zu vermeiden.
- Der Bundesvorstand entwickelt eine innerverbandliche Kampagne, um den Plastikverbrauch weiter zu senken und auf den Leitfaden aufmerksam zu machen sowie ihn erfolgreich umzusetzen.



4. Themenbereich: Klimaschutz, Energie und Verkehr

Klimagerechtigkeit durchsetzen!

Bereits heute sind die Folgen des Klimawandels deutlich zu spüren. Wenn es nicht gelingt, zu einem schnellen und konsequenten Umbau der heutigen auf Kohlenstoff basierenden Gesellschaften zu kommen, werden sich die Folgen des sich beschleunigenden Klimawandels für die Ökosysteme und die menschliche Gesellschaft dramatisch verschärfen.

In der Sahelzone, den Küstengebieten Südostasiens oder in den vielen Regionen Südamerikas werden die Folgen des Klimawandels zu riesigen gesellschaftlichen und ökologischen Verwerfungen führen. Obwohl gerade diese Regionen in den letzten 150 Jahren kaum Treibhausgase in die Atmosphäre eingebracht haben - anders als die Staaten Europas und Nordamerikas - werden die negativen Folgen der Klimakrise dort am stärksten zu spüren sein.

Der heutige Klimawandel ist nicht allein eine Ursache von Ungleichheit, aber er wird die bestehenden Ungleichheiten zwischen Nord und Süd sowie Armen und Reichen deutlich verstärken. Kinder und Jugendliche sind besonders betroffen und müssen mit heute getroffenen Entscheidungen leben. Der dramatische Klimawandel ist Folge einer auf Ausbeutung von Menschen und Natur ausgerichteten Wirtschaftsweise und ist eng verbunden mit der über 500 Jahre alten Geschichte des europäischen Kolonialismus, seiner zerstörerischen Gewalt, wirtschaftlichen Ausbeutung und Unterdrückung, die bis heute als koloniale Kontinuitäten fortbestehen. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten 50 Jahre wurde die Klimakrise massiv verstärkt.

Schon in der Vergangenheit haben die gesellschaftlich bessergestellten Gruppen aktiv dafür gestritten, dass ihre Wohnorte und Arbeitsplätze möglichst frei von Schadstoffen wie Radioaktivität, Müll und Gift, Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung bleiben. Durch ihren gesellschaftlichen Einfluss konnten sie meist erreichen, dass Mülldeponien, umweltzerstörende Produktionsanlagen, Autobahntrassen oder Atommülllager in Gebiete der ärmeren Bevölkerung, in indigene Reservate oder in ländliche, meist dünn besiedelte Regionen verlagert wurden. Häufig wurden umweltzerstörende Produktionsanlagen in die Staaten des Globalen Südens verlagert oder Müll dorthin exportiert.

Die zunehmende Klimakrise wird bestehende Ungerechtigkeiten weiter verschärfen. Ärmere Menschen können es sich nicht leisten, bei zunehmenden Naturkatastrophen teure Sicherungsmaßnahmen für ihre Häuser und landwirtschaftlichen Grundstücke vorzunehmen oder ihren Wohnort in eine sicherere Region zu verlagern. Dadurch wird sich die Ungleichheit zwischen Globalem Norden und Globalem Süden weiter erhöhen.

Schon heute stufen viele politische wie auch militärische Institutionen den Klimawandel als großes „Sicherheitsrisiko“ ein. In ihren Sicherheitsanalysen gehen sie davon aus, dass durch verstärkte Naturkatastrophen, durch die Zunahme von Dürren und dadurch verursachter Hungersnöte, durch Überschwemmungen und Stürme die gesellschaftlichen Konflikte, bis hin zu Kriegen zunehmen werden. Durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen werden immer mehr Menschen zu Klimaflüchtlingen, was weitere Instabilitäten in ganzen Regionen erzeugen kann. Es wird davon ausgegangen, dass in den nächsten Jahrzehnten mehr als 250 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden.

Auch in den Staaten des Globalen Nordens werden die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu spüren sein. Die Wüstenbildung in den südlichen Staaten der EU wird deutlich zunehmen, Wasserknappheit und deutliche Ernteverluste in vielen Teilen der EU werden zu steigenden Lebensmittelpreisen führen, was gerade für die einkommensbenachteiligten Gruppen in der Gesellschaft weitere Benachteiligungen verursachen wird.

Klimagerechtigkeit ist deshalb keine Wohltätigkeit der Staaten des Globalen Nordens für die Staaten des Globalen Südens, sondern eine Notwendigkeit für die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für alle! Klimagerechtigkeit bedeutet eine soziale und eine ökologische Transformation der bestehenden Verhältnisse in den Staaten des Globalen Nordens und in den Staaten des Globalen Südens.

Die Klimakrise ist kein reines Umweltproblem

Die sich anbahnende Klimakrise bedroht die Lebensgrundlage hunderter Millionen Menschen. Sie führt zur Zunahme der Armut, Klimaflucht und Vertreibung. Durch die Klimakrise wird die Gefahr von Kriegen und Konflikten weiter zunehmen. Das Menschenrecht auf Nahrung, sauberes Wasser und Gesundheit wird für immer mehr Menschen infrage gestellt und weiter zerstört.

Dabei werden mit den zunehmenden Klimafolgen die Staaten des Globalen Südens wesentlich härter betroffen werden als die Staaten des Globalen Nordens. Die Staaten des Globalen Südens werden mehr als drei Viertel der Kosten durch die Klimakrise zu tragen haben, obwohl sie nur etwa zehn Prozent zu den CO₂-Emissionen beigetragen haben.

Hier werden die NaturFreunde Deutschlands ansetzen: Sie wollen ihre friedenspolitischen, umweltpolitischen und ökologischen Forderungen zu einem gesellschaftlichen Transformationsprogramm zusammenführen, was einen Beitrag für Klimagerechtigkeit ermöglicht. Dafür ist notwendig, dass die Staaten des Globalen Nordens ihre Verantwortung für die Umweltzerstörungen der Vergangenheit anerkennen und Hilfen für eine Sicherung der Lebensgrundlagen in den Staaten des Globalen Südens zur Verfügung stellen. Dazu gehört die Anerkennung der verheerenden Folgen des europäischen Kolonialismus in den ehemaligen Kolonien sowie des Profits auf Seiten der Kolonialmächte. Damit einher gehen angemessene Reparationszahlungen und vor allem ein Einsatz gegen Strukturen, die die Ausbeutung bis heute fortführen.

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen in der NaturFreunde Internationale (NFI) werden die NaturFreunde für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung streiten und sich an internationalen Kampagnen für Klimagerechtigkeit beteiligen. Von den Regierungen der Welt erwarten die NaturFreunde, dass sie endlich handeln und ihre gegenseitige Blockade, wie sie auf dem Weltklimagipfel in Madrid deutlich sichtbar wurde, überwinden. Dabei ist für die NaturFreunde wichtig, dass die Hauptverursacher*innen des heutigen Klimawandels auch die Hauptlast des gesellschaftlichen Umbaus tragen müssen.

Klimagerechtigkeit jetzt!

Die Erdatmosphäre ist für die NaturFreunde ein globales Gemeingut, das nicht von einigen wenigen für ihre individuellen Vorteile oder Profite missbraucht

werden darf. Die Atmosphäre, wie auch die Ozeane oder Urwälder, gehören keinen privaten Konzernen oder Investor*innen und dürfen nicht aufgrund egoistischer Einzelinteressen zerstört werden. Die Staaten des Globalen Nordens und die früh industrialisierten Länder haben durch ihre auf fossilen Energien aufgebaute Entwicklung einen großen Teil der weltweiten Emissionen zu verantworten. Unter den Auswirkungen dieser Verschmutzung der Atmosphäre müssen heute insbesondere die ärmeren Länder und Regionen leiden. Deshalb bedeutet für die NaturFreunde Klimagerechtigkeit, den Umbau der wirtschaftlichen Grundlagen so zu organisieren, dass die negativen Folgen der Klimakrise nicht nur für die heute lebenden Generationen, sondern auch für zukünftige Generationen abgemildert und, wenn möglich, verhindert werden.

Aktuell sind sechs der zehn umsatzstärksten Unternehmen Konzerne, die ihre Profite vor allem aus fossilen Rohstoffen wie Öl, Kohle und Gas erwirtschaften. Im Jahr 2016 wurden noch immer 87 Prozent der weltweiten Energie aus fossilen Energieträgern gewonnen. Jede Sekunde werden mehr als 1.300 Tonnen CO₂-Treibhausgase in die Atmosphäre emittiert. Seit dem Jahr 1988 haben die 100 größten Energiekonzerne der Welt über 70 Prozent der globalen Emissionen verursacht.

Der Weltbiodiversitätsrat der Vereinten Nationen weist darauf hin, dass bereits heute fast ein Viertel der Landfläche ökologisch zerstört und nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar ist, 85 Prozent der Feuchtgebiete ausgetrocknet sind. Er erwartet, dass in den nächsten Jahrzehnten das größte Artensterben seit der Eiszeit droht.

Wie ungleich sich der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit verteilt, zeigt ein Blick in die Statistiken: So ist allein die Gruppe der 7 großen Industrieländer (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) – also nur 7 von weltweit 192 Ländern – für mehr als ein Viertel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Noch deutlicher wird diese ungerechte Nutzung der Atmosphäre sichtbar, wenn die Verteilung der Emissionen pro Kopf betrachtet wird. In den ärmsten Ländern wie beispielsweise Tansania wurden 2018 weniger als 0,22 Tonnen, in Deutschland 9,13 Tonnen und in den USA 16,05 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf emittiert. Mit anderen Worten: Je ärmer ein Land, desto weniger Treibhausgasemissionen werden ausgestoßen.

In Deutschland leben mit 82 Millionen Menschen etwa 1,17 Prozent der Weltbevölkerung. Wenn in Deutschland eine klimagerechte Politik umgesetzt und das 1,5-Grad-Ziel von Paris eingehalten werden soll, dürfen in Deutschland auch nur 1,17 Prozent des heute noch zur Verfügung stehenden Klimabudgets emittiert werden. Das sind rund vier Milliarden Tonnen CO₂. Im Jahr 2019 wurden jedoch in Deutschland ca. 810 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, im durch die Pandemie geprägten Jahr 2020 waren es 739. Notwendig ist eine dauerhafte drastische Reduktion der Emissionen in Deutschland, sonst ist das Restbudget Deutschlands bereits in weniger als fünf Jahren verbraucht.

Bisher hat die bundesdeutsche Politik der letzten Jahrzehnte die selbstgesteckten Ziele verfehlt: Die Zusage, die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent bis 2020 zu senken, konnte lediglich aufgrund der unvorhergesehenen Corona-Krise knapp erreicht werden. Demgegenüber zeichnet sich bereits derzeit ab, dass der im Juni 2021 - durch die Nachschärfung des Klimaschutzgesetzes - gefasste Beschluss, die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent bis zum Jahr 2030 zu reduzieren, in Gefahr ist. Die Bundesregierung scheut sich jedoch, konsequente Maßnahmen für eine Energie- und Klimawende zu ergreifen, und nimmt damit in Kauf, dass das Klimaziel nicht erreicht wird.

Dieses von der Bundesregierung ausgegebene Ziel zur Reduktion der Treibhausgase wird jedoch bei weitem nicht ausreichen, um eine klimagerechte Politik in Deutschland zu implementieren, da auch hierdurch das Restbudget an klimapolitisch noch zulässigen Treibhausgasemissionen in nur wenigen Jahren aufgebraucht wäre. Deshalb treten die NaturFreunde für eine Reduktion der Treibhausgase von mindestens 80 Prozent bis zum Jahre 2030 ein.

Eine klimagerechte Politik muss die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen so umbauen, dass Deutschland spätestens 2045 klimaneutral wird. Nach einer vom Umweltbundesamt (UBA) herausgegebenen Studie ist dies (zumindest bis 2050) auch ohne den Einsatz der risikobehafteten Technologien zu Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) möglich (vgl. UBA „Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität“, 2019). Die heutigen Produktionsbedingungen und die alltägliche Lebensweise der Menschen müssen ohne den großflächigen Einsatz von fossilen Energien und

ohne Ausbeutung von Menschen und Natur organisiert werden. Die entscheidenden Potenziale hierfür liegen - neben dem notwendigen Verzicht auf die fossile und nukleare Energieerzeugung und einer gleichzeitigen konsequenten Umstellung auf Erneuerbare Energien - in den Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Aufgrund einer jahrelang falsch verstandenen und von Unterlassung geprägten Energiepolitik liegen hier noch immer riesige (Einspar-) Potenziale brach. Sie gilt es zu nutzen und zügig zu aktivieren. Damit diese Effizienz-Ansätze ihre volle Wirkung erzielen können, sollten sie Hand in Hand gehen mit Veränderungen des persönlichen Konsum- und Nutzungsverhaltens. Anstrengungen, den absoluten Energieverbrauch durch dementsprechende Veränderungen zu reduzieren, werden unter dem Begriff der „Energiesuffizienz“ zusammengefasst. Die NaturFreunde Deutschlands setzen sich schon seit Jahren für eine konsequente - und auch unter Kosten- und Sozialverträglichkeitsaspekten günstige - Nutzung dieser „Energiequelle“ ein.

Um Klimagerechtigkeit durchzusetzen, muss deshalb endlich ein breites gesellschaftliches Bündnis aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Friedensbewegungen und der Klima- und Umweltbewegung erreicht werden. Die NaturFreunde werden dazu einen Beitrag leisten und in den nächsten Jahren für eine solche gemeinsame Zusammenarbeit bei den anderen Verbänden werben.

Klimagerechtigkeit kann nicht dadurch erreicht werden, dass einseitig an den*die Einzelne*n appelliert wird, sein*ihr individuelles Verhalten zu ändern. Die Klimakrise löst sich nicht durch eine Veränderung des individuellen Einkaufs oder des Freizeitverhaltens allein, sondern nur, wenn ein konkreter Strukturwandel der heutigen auf Kohlenstoff- und Rohstoffverbrauch ausgerichteten Wirtschaftsweise erreicht wird.

Klimagerechtigkeit bedeutet für die NaturFreunde,

- dass die Staaten des Globalen Nordens ihre Treibhausgase sofort verringern und einen größtmöglichen Beitrag zur Einhaltung der Pariser Klimaziele leisten müssen. In Deutschland müssen die Treibhausgase bis spätestens 2030 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 1990 reduziert werden. Bis spätestens 2045 muss Deutschland klimaneutral wirtschaften;

- dass die Profiteur*innen der Klimazerstörung und die Wohlhabenden und Reichen den Beitrag zur Finanzierung der Transformationskosten aufbringen müssen. Hierfür ist die Einführung einer Vermögenssteuer und einer Vermögensabgabe zur Finanzierung des gesellschaftlichen Umbaus notwendig;
- dass sich die Staaten des Globalen Nordens an den zu erwartenden Kosten für die mögliche Vermeidung oder die Schäden durch Überschwemmungen, Hurrikans, Naturkatastrophen, Dürreperioden und Wasserknappheit durch einen Zukunftsfonds beteiligen müssen, der auch selbstbestimmte, zivilgesellschaftlich organisierte Entwicklungsmöglichkeiten finanziert;
- dass die heutigen Generationen ihren Ressourcenverbrauch so organisieren müssen, dass zukünftige Generationen weiterhin auf der Erde gut leben können. Die heutige Ausbeutung der Rohstoffe des Globalen Südens durch die transnationalen Konzerne muss beendet werden. Ziel muss die gerechte Verteilung der Rohstoffe sein. Die natürlichen Ressourcen sind Eigentum der Menschen in den Ländern, in denen sie liegen, und nicht von privaten Konzernen und Investor*innen. Wenn solche Ressourcen abgebaut werden müssen, dann muss der Abbau so organisiert werden, dass dieser dazu beiträgt, Armut und Ausbeutung in den Ländern zu vermindern, in denen die Rohstoffe abgebaut werden;
- dass die notwendigen strukturellen Veränderungen zwischen Stadt und ländlichen Regionen gerecht verteilt werden. Urbane Großräume sind großflächige ökologische Senken. Es ist deshalb nicht verantwortlich, die ökologischen Notwendigkeiten allein auf die ländlichen Regionen verlagern zu wollen. Die urbanen Großräume müssen mit einer deutlichen Reduktion des Energieverbrauchs – durch Wärmedämmung in den Häusern, durch den Ausbau von Solaranlagen auf den Dächern oder durch eine konsequente Verkehrswende – ihren Beitrag für den notwendigen Umbau der Gesellschaft, weg von der kohlenstoffbasierten Wirtschaftsweise, leisten. Durch öffentliche Förderprogramme müssen die ländlichen Regionen unterstützt werden;
- dass die Staaten des Globalen Nordens eine an humanitären und menschenrechtlichen Standards ausgerichtete Flüchtlingspolitik betreiben. Hierfür muss Klimafucht als Tatbestand der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden und die Staaten des Globalen Nordens konkrete Hilfe für Betroffene organisieren und mitfinanzieren;
- dass beim notwendigen Umbau der Gesellschaft die besonderen Auswirkungen auf benachteiligte Menschen berücksichtigt werden und sozial Benachteiligte, Menschen mit Beeinträchtigungen oder ausgegrenzte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen keine weiteren Ausgrenzungen erfahren;
- dass die Hauptverursacher*innen der Klimakrise deutlich mehr zur Sicherung der Pariser Klimaschutzziele beitragen müssen. Dies bedeutet, dass die Ausnahmen von der EEG-Umlage, die kostenfreie Verschmutzung der natürlichen Umwelt durch die großen transnationalen Konzerne und die ungehinderte Ausbeutung von Rohstoffen beendet werden. Eine wirksame und nachhaltige Klimapolitik kann nicht durch Marktmechanismen erreicht werden. Hier müssen endlich konsequente ordnungspolitische Regelungen zum Schutz des Klimas und der Umwelt erlassen werden;
- dass die neoliberalen Freihandelsabkommen nicht weiterverhandelt werden, bestehende Freihandelsabkommen gekündigt und ein gerechter Handel zwischen den Regionen durchgesetzt wird. Der heutige neoliberale Freihandel ist ein wichtiger Verursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen und trägt zur weiteren Ausbeutung der Menschen im Globalen Süden und der Arbeitnehmer*innen im Globalen Norden bei;
- dass alle wirtschaftlichen Tätigkeiten an ökologischen und menschenrechtlichen Standards ausgerichtet werden. Unternehmen, die Menschenrechte nicht beachten, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Hierfür müssen den Unternehmen menschenrechtliche und umwelttechnische Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbindlich vorgeschrieben werden. Unternehmen, die im Ausland produzieren oder produzieren lassen, müssen zivilrechtlich für Menschenrechtsverstöße und Umweltzerstörung, auch ihrer Subunternehmen und Zulieferer, haften. Für Betroffene muss es möglich sein, bei Menschenrechtsverstößen im Ausland Klagen gegen Tochterunternehmen deutscher Konzerne vor deutschen Gerichten zu führen. Hierfür muss auch in Deutschland ein Unternehmensstrafrecht eingeführt werden, welches Strafverfahren gegen Unternehmen ermöglicht und Sanktionsmöglichkeiten in Form von angemessenen Geldstrafen vorsieht;
- dass die Staaten des Globalen Nordens mindestens zwei Prozent ihres Bruttonationalproduktes für die Entwicklungsmöglichkeiten in den Staaten des Globalen Südens zur Verfügung stellen.

- Dies kann durch eine Reduzierung der Rüstungshaushalte sofort umgesetzt werden,
- die tatsächliche Beteiligung von jungen Menschen an Entscheidungsprozessen.

Für die NaturFreunde steht im Mittelpunkt ihrer politischen Forderung die Durchsetzung einer Klimapolitik, die ökologisch und sozial gerecht ist. Deshalb werden die NaturFreunde für eine grundlegende Transformation des heutigen neoliberalen Kapitalismus eintreten. Die heutige Ausrichtung der Gesellschaft zerstört das Klima, trägt maßgeblich zu einem nie dagewesenen Artensterben bei, zerstört die Böden und führt zu immer größeren sozialen Verwerfungen in nahezu allen Gesellschaften.

Wir brauchen einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft,

- weg von der kohlenstoffbasierten Ausbeutung der Natur;
- weg von der Ausbeutung großer Teile der Gesellschaft zugunsten einer kleinen reichen Elite;
- weg von der Ausbeutung des Globalen Südens durch den Globalen Norden.

Die NaturFreunde fordern von der Bundesregierung:

- Die Profiteur*innen und reichsten Teile der Gesellschaften endlich gerecht zu besteuern. Gutverdienende haben einen deutlich größeren ökologischen Fußabdruck als sozial Benachteiligte. Klimagerechtigkeit muss deshalb sozial gerecht organisiert werden.
- Einen schnellen und nachhaltigen sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Hierzu brauchen wir öffentliche Investitionen in ein ökologisches Zukunftsprogramm. Hierfür müssen jährlich mindestens 100 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt eingeplant werden.
- Durch Arbeitszeitverkürzung, ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und die Sicherung und den Ausbau der sozialen und ökologischen Infrastruktur muss das Ziel von tarifvertraglich abgesicherter Vollbeschäftigung für alle erreicht werden.
- Eine deutliche finanzielle Stärkung der Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit und zur ökologischen Sanierung sowie zum Umbau der regionalen Infrastruktur.

- Die bisher nur unzureichend genutzten Potenziale an Energieeinsparungen und Effizienzsteigerungen in den Sektoren (Gebäudeenergieversorgung und energieintensive Industrie) müssen durch zusätzlich aufzulegende Anreiz- und sozialverträgliche Unterstützungsprogramme aktiviert werden.
- Verstärkt öffentlich finanzierte Förderprogramme zur Steigerung der Energiesuffizienz aufzulegen.
- Eine konsequente Verkehrswende mit dem Ziel, aus der Produktion von Verbrennungsmotoren bis spätestens 2025 auszusteigen, bis spätestens 2035 muss der Verkehrsbereich klimaneutral werden.
- Ein Investitionsprogramm für den Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr. Wir wollen einen Vorrang für Fuß- und Radverkehr und des öffentlichen Personennahverkehrs in den Städten und Gemeinden. Der Bundesverkehrswegeplan muss hierfür grundlegend verändert werden. Kein Geld für den Neubau von Straßen! Konzentration der finanziellen Mittel für den Ausbau der Bahn und der öffentlichen Nahverkehrssysteme.
- Umbau der industrialisierten, ressourcen- und klimaschädlichen Landwirtschaft hin zu einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft.
- Eine konsequente Energiewende. Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030. Förderung einer dezentralen und ökologischen Energieerzeugung durch erneuerbare Energien. Energieversorgung ist eine Leistung der Daseinsvorsorge. Sie gehört nicht in privates Eigentum, sondern in öffentliche Hand.
- Wohnungen und Häuser klimagerecht sanieren. Vor allem die Siedlungsbauten der Nachkriegszeit müssen durch eine gezielte Förderung schnell energetisch saniert werden. Solche Sanierungen dürfen nicht zu Mieterhöhungen missbraucht werden, sondern gesetzlich vorgeschrieben werden.
- Neben der Stromwende und der Verkehrswende insbesondere eine konsequente Wärmewende. Knapp 60 Prozent unseres Endenergiebedarfs entfallen auf Heizung und Warmwasser. Für die Vermeidung der Klimakatastrophe ist ein zügiger Ausstieg auch aus der fossilen Wärmeversorgung durch Kohle, Öl und Gas erforderlich. Für diese Energiesystemwende sind individuelle Maßnahmen zu teuer, zu langsam und damit nicht ausreichend. Die bisherigen **Einzelhaus**maßnahmen müssen in großem Umfang durch **gemeinschaftliche** Lösungen in Quartieren, Stadtteilen, Ortschaften, Städten und Gemeinden ergänzt wer-

den. Die Bundesregierung muss diesen Umbauprozess mit Anreiz- und Förderprogrammen unterstützen.

- Eine tatsächliche Beteiligung junger Menschen in allen sie betreffenden Lebensbereichen, so wie in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt.

Die NaturFreunde werden

- Informationsmaterialien und Flyer für die Ortsgruppen und Landesverbände erarbeiten;
- im Rahmen der Umweltdetektive-Arbeit und in angestrebter Zusammenarbeit mit der Naturfreundejugend ein Arbeitspaket zum Thema Klimagerechtigkeit entwickeln;
- sich mit dem Zusammenhang von Klimakrise und europäischem Kolonialismus auseinandersetzen;
- als Teil des Einsatzes für Klimagerechtigkeit dekoloniale Initiativen im In- und Ausland unterstützen;
- sich mit (Kolonial-)Rassismus als Legitimation der Ausbeutung des Globalen Südens historisch und

aktuell in der Gesellschaft, aber auch innerhalb der eigenen Bewegung, konsequent und kritisch auseinandersetzen;

- im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Naturfreundehäuser klimagerecht gestalten und auf umweltschädliche Produkte weitestgehend verzichten;
- sich aktiv an regionalen und landesweiten Bündnissen für Klimagerechtigkeit beteiligen;
- zusammen mit ihren Partnerorganisationen in den Ländern des Globalen Südens internationale Kampagnen unterstützen, um Klimagerechtigkeit durchzusetzen;
- ihre Aktivitäten so organisieren, dass sie an den Grundsätzen der Klimagerechtigkeit orientiert durchgeführt werden. Für entstandene Treibhausgase leisten die NaturFreunde einen Beitrag in den NaturFreunde-Klimafonds, um eine Kompensation zu ermöglichen.



Moorschutz ist Klimaschutz.

Die Notwendigkeit einer ambitionierteren Moorschutzstrategie

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die neue Bundesregierung auf, zur Erreichung der Klimaziele eine ambitioniertere Moorschutzstrategie zu beschließen, die dem Schutz der Moore Priorität einräumt.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern:

- Einen strengen Schutz aller noch intakten Moorflächen sowie
- eine zügige Wiedervernässung nahezu aller land- und forstwirtschaftlich genutzten Moorflächen. Dies muss in einem stufenweisen Prozess bis spätestens 2045 geschehen.
- Dieses Ziel ist einerseits politisch zu verankern, mit klaren Zwischenzielen, Kriterien und Indikatoren, andererseits ist es mit entsprechenden Instrumenten und Regularien zu versehen, die auf positive Anreize setzen, aber auch verbindliche planungsrechtliche Vorgaben machen.
- Eine Moorschutzstrategie muss sozialen Aspekten Rechnung tragen und mit Bewohner*innen, Flächennutzer*innen und Eigentümer*innen kooperieren, um langfristig erfolgreich zu sein und akzeptiert zu werden.

- Zur Ausweitung des bisherigen Moorschutzes bekräftigen die NaturFreunde die Forderung nach einer sofortigen Beendigung der Privatisierung bundeseigener Flächen. Diese müssen zur Erreichung der neuen internationalen Biodiversitätsziele, als Trittsteine im nationalen Biotopverbund, als Arrondierungs- und Tauschflächen für die Erweiterung des nationalen Naturerbes, für den zielgerichteten Gewässer-, Moor- und Auen-schutz genutzt werden. Daher fordern die NaturFreunde, dass betreffende Flächen mit einer entsprechenden Zweckbindung an öffentliche Körperschaften zum Zwecke des Gemeinwohls übertragen werden. Vor diesem Hintergrund fordern die NaturFreunde auch die Schaffung eines Bundesnaturschutzfonds, der unter anderem zum Zwecke eines möglichen Flächenrück- beziehungsweise -aufkaufs zu nutzen ist (Stichwort Wiedervernässung).

- Die Forschung und Entwicklung zur nachhaltigen Bodennutzung und hier insbesondere zur Wiedervernässung ist zu fördern.



Atomenergie ist kein Klimaretter

Die NaturFreunde bekräftigen ihre Haltung, dass die Atomenergie ein grundsätzlicher Irrweg ist. Nicht nur wegen der mit der Atomkraft verbundenen Gefahren, die schon zweimal zu einem Super-GAU mit katastrophalen Folgen geführt haben, unter dem die betroffenen Menschen noch viele Jahrzehnte leiden werden. Auch systembedingt ist die Atomenergie nicht in der Lage, einen Beitrag für eine klimarechte Welt zu leisten. Im Gegenteil: Sie schreibt die irrwitzige Wachstumsideologie fest, die in die Krise geführt hat und vergrößert Gefahren, die nicht zu verantworten sind.

Wir warnen vor Menschen, die falsche Versprechungen machen und hinter sorgenvollen Befürchtungen über die Klimagefahren als Ausweg auch für die Atomenergie plädieren. Sie sind fragwürdige Interessenvertreter*innen. Dazu gehört auch Bill Gates in seinem Buch „Wie wir die Klimakatastrophe verhindern“, das er mit einem großen Aufwand verbreitet. Aber auch in Deutschland gibt es diese Verführer*innen. Sie haben die Zusammenhänge nicht verstanden oder wollen das auch nicht.

Wir stellen fest:

- Es ist falsch, die Pest mit der Cholera zu bekämpfen, nichts anderes wäre eine Neubelebung der Atomkraft, um zu Klimaschutz zu kommen.
- Die Nutzung der Atomkraft erhöht auch die Gefahren eines militärischen Missbrauchs.
- Die Atomenergie kann das Problem nicht lösen. Nicht von ungefähr hat die Klima-Enquete des Deutschen Bundestages nach einer intensiven Beratung einstimmig festgestellt, dass nur der Umbau in Richtung Solarenergie und Energiedienstleistungen die Klimagefahren abwenden kann.

Besteuerung des Flugbenzins

Flugbenzin ist nach wie vor mit keiner Steuer belegt. Dies ist neben den direkten und indirekten Subventionen und anderen steuerlichen Vergünstigungen einer der Gründe für die starke Zunahme des Flugverkehrsaufkommens in den letzten Jahrzehnten. Flugtickets für Inlandsflüge oder ins europäische Ausland, die weniger kosten als ein Bahnticket für dieselbe Strecke, haben dazu einen großen Anteil beigetragen.

- Entscheidend ist vor allem, unter welchen Bedingungen die Treibhausgasemissionen verringert werden können. Systembedingt ist die Atomenergie auf Zuwachs und eine geringe Effizienz ausgerichtet.
- Atomenergie ist auch nicht in der Lage, zum Klimaschutz beizutragen, denn - wenn überhaupt - kann sie nur einen Beitrag im Strombereich liefern.
- Klimaschutz braucht den Umbau und eine Strategie der Vermeidung hoher Energieverbräuche in allen drei Sektoren Kraft, Wärme und Mobilität. Sie müssen in einem Zusammenhang gesehen werden.
- Auch Atomstrom ist nicht CO₂-frei, wenn die gesamte Kette der Energieerzeugung einschließlich Rohstoffabbau, Bauwerk, Betrieb und (ungelöste) Entsorgung einbezogen werden.
- Atomenergie ist teuer und würde schon dadurch die Welt weiter spalten, zumal die Uranvorräte begrenzt sind und zu Verteilungskämpfen führen können.

Die NaturFreunde fordern den Umbau in eine sozial- und naturverträgliche Zukunft. Die Energiewende erfordert Suffizienz, Effizienzrevolution und erneuerbare Energien. Das ist nur in einer Welt möglich, die weder Mangel noch Überfluss kennt.

Die Probleme unserer Welt und die Herausforderungen der Zukunft können nicht mit den alten Konzepten bewältigt werden, die uns in die Krise der Menschheit geführt haben. Sie brauchen eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation.



Die NaturFreunde fordern daher, dass auf das von Flugzeugen als Energieträger genutzte Kerosin die gleichen Steuern erhoben werden wie bereits jetzt für Benzin und Diesel, dass innereuropäische Flüge unter 1.000 Kilometern verboten werden und dass das innereuropäische Bahnnetz ausgebaut wird.

Steuerpolitik hat auch eine ökologische Dimension und die ungleiche Steuerpolitik zugunsten des Flugverkehrs muss endlich beendet werden.



Stoppt den Kerosinablass

Weltweit ist das Ablassen von Kerosin während eines Fluges aus ökologischen Gründen nicht zu akzeptieren. Auch im Pfälzerwald ist seit vielen Jahren der Ablass von Flugbenzin ein wiederkehrendes Thema. Flugzeuge, die vom Flughafen Frankfurt starten oder Militärmaschinen, die zur Airbase Ramstein fliegen, lassen bei technischen Störungen tonnenweise Kerosin ab, um mit geringerem Gewicht landen zu können. Dies erspart den Fluggesellschaften die Kosten für eine aufwendige Überprüfung der Flugzeuge, die bei einer Landung mit höherem Gewicht notwendig würde.

Bisher wird angenommen und argumentiert, dass sich die Bestandteile des Kerosins durch den Ablass in großer Höhe verflüchtigen und nicht auf dem Boden ankommen. Auszuschließen ist dies allerdings nicht, da bisher viel zu wenige Messungen über längere Zeit – auch aufgrund der Größe des Gebietes – stattfinden. Weitere Untersuchungen sind daher dringend erforderlich.

Die Diskussion über den Kerosinablass ist wegen der Verringerung des Flugverkehrs durch die Corona-Beschränkungen etwas in den Hintergrund getreten. Es ist aber davon auszugehen, dass mit der absehbaren

Zunahme von Flugreisen die Fälle von Kerosinablass wieder zunehmen werden.

Inzwischen gibt es Vorschläge von Expert*innen zur Vermeidung des Kerosinablasses. Gemeinsam ist allen Vorschlägen, dass sie höhere Kosten für die Fluggesellschaften zur Folge hätten. Dies gilt auch für bei der Landung vollgetankte Flugzeuge mit hohem Gewicht. Letztendlich sind es daher wirtschaftliche Überlegungen, die dem kostengünstigeren Kerosinablass mit möglichen Risiken für Natur und Mensch den Vorzug geben. Eine nachhaltige Politik muss andere Prioritäten setzen.

Die NaturFreunde fordern die Bundesregierung auf,

- sich im Rahmen der EU für ein Verbot des Ablassens von Flugzeugbenzin aus Kostengründen einzusetzen;
- die Entwicklung von Alternativen zum Ablassen von Kerosin zu unterstützen;
- sich im Rahmen der internationalen zivilen Luftfahrtorganisation (ICAO) für ein weltweites Verbot von Kerosinablass einzusetzen.



Unterstützung der Klage der Republik Tschechien gegen den Weiterbetrieb des Tagebaus Turów

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist zum Beitritt der Klage Tschechiens im Gegensatz zur Europäischen Kommission, die sich der tschechischen Klage angeschlossen hat, ungenutzt verstreichen lassen. Der Bruch europäischen Umweltrechts darf aber nicht noch belohnt, sondern muss sanktioniert werden. Aus diesem Grund muss – schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit deutscher Umweltziele – Deutsch-

land die Klage Tschechiens ebenso wie die Europäische Kommission unterstützen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Klage der Tschechischen Republik gegen den Weiterbetrieb des polnischen Braunkohlekraftwerkes Turów zu unterstützen.



Verzicht auf Feuerwerke zu Silvester und Verbot der Silvester-Knallerei

Die NaturFreunde sprechen sich für einen Verzicht auf Feuerwerke zu Silvester aus und setzen sich gemeinsam mit anderen Umweltschutzverbänden für ein Verbot von Feuerwerken an Silvester ein. Eine Einschränkung der Feuerwerke sollte sich nicht allein

auf den Jahreswechsel beschränken, sondern auch auf öffentliche Veranstaltungen und private Feiern im Jahresverlauf.



Für eine nachhaltige, klimagerechte und soziale Mobilitätswende: Bundesverkehrswegeplan 2030 zurückziehen

Deutschland ist von einem dichten Netz an Autobahnen und Bundesstraßen durchzogen. Durch eine seit Jahrzehnten forcierte Förderung des motorisierten Individualverkehrs wurde großflächig Natur zerstört und bestehende Bahninfrastruktur abgebaut. Am 1. Januar 2020 gab es 13.191 Kilometer Bundesautobahnen und 37.842 Kilometer Bundesstraßen. Damit bildet das heute schon bestehende Bundesfernstraßennetz eines der dichtesten Fernstraßennetze Europas. Allein im Jahr 2019 wurden weitere 50 Kilometer Bundesautobahnen in Betrieb genommen. Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde das Autobahnnetz um mehr als 2.400 Kilometer erweitert.

Die NaturFreunde lehnen einen weiteren Neu- beziehungsweise Ausbau von Bundesfernstraßen ab. Vielmehr muss eine grundlegende Verkehrswende weg von der Straße, hin zu Bahn und öffentlichem Personenverkehr eingeleitet werden. Die NaturFreunde fordern von der Bundesregierung, dass sie die weitere Fokussierung auf neue Straßen endlich beendet und eine klima- und umweltverträgliche Mobilitätsplanung unterstützt. Mittel in zukünftigen Bundesverkehrswegeplänen müssen auf den Ausbau der Bahninfrastruktur und die Erhaltung, gegebenenfalls den Rückbau, bestehender Straßeninfrastruktur konzentriert werden.

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) ist als zukunftsfähige Grundlage für die Sicherstellung der Mobilität in einer auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichteten, industriell hoch entwickelten Gesellschaft nicht geeignet. Der BVWP 2030 ist zurückzuziehen.

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan hat keine ausreichende Bewertung von umwelt- und naturschutzfachlichen sowie raumordnerischen und städtebaulichen Gesichtspunkten vorgenommen.

Durch den BVWP 2030 wird eine Mobilitätswende verhindert. Er fördert eine Verkehrsentwicklung, die mittel- und langfristig an Belastungs-, Tragfähigkeits- und Ressourcengrenzen stößt. Durch seine einseitige Orientierung auf wachsende Verkehrsleistungen steht der BVWP 2030 zentralen Politikzielen entgegen und konterkariert damit die vom Verkehrssektor zu erbringenden Beiträge zur Erreichung der von der Bundesregierung beschlossenen Ziele:

- Im „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ haben sich die Staaten der EU zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen der Industrienationen von 80 bis 95 Prozent bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Diese enthält ausdrücklich „die Verpflichtung, langfristige Strategien für eine CO₂-arme Entwicklung durchzuführen“ und den „Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft“ zu fördern.
- In den Klimaschutzzielen der Bundesregierung, in denen 1,5 Grad Celsius als Erwärmungsobergrenze vereinbart wurde, wurde unter anderem im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 eine Reduzierung der Emission von Treibhausgasen gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020 und die Verringerung des CO₂-Ausstoßes des Verkehrssektors um 7 bis 10 Millionen Tonnen formuliert.
- In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde als „Ziel eine Flächeninanspruchnahme von maximal 30 Hektar am Tag im Jahr 2020“ festgeschrieben.

Der BVWP 2030 unternimmt keinerlei ernsthafte Bemühungen, durch infrastrukturelle Weichenstellungen eine Mobilitätswende zu unterstützen. Mit seiner Priorisierung des Straßenverkehrs wird er notwendigen Verlagerungen von Verkehrsströmen auf Schiene und Wasser nicht gerecht.

Die NaturFreunde fordern eine grundlegende Neukonzeption des BVWP 2030 als integrativen Nationalen Mobilitätsplan, der Klimaschutz- und Umweltziele mit dem Thema Mobilitätsentwicklung und neue Mobilitätsansätze verbindet. Zentraler Bestandteil eines solchen Nationalen Mobilitätsplans muss die Einhaltung der klimapolitischen Ziele im Verkehrssektor sein. Bisher hat der Verkehrssektor dazu einen völlig unzureichenden Beitrag geleistet.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern,

- die rückwärtsgewandte und umweltzerstörende Verkehrspolitik aus ökologischen, gesundheitspolitischen und sozialen Gründen zu beenden;
- einen flächendeckenden, bezahlbaren ÖPNV für alle;
- eine soziale und ökologische Verkehrswende mit dem Ziel einer Halbierung des Autoverkehrs und Klimaneutralität im Verkehr bis 2035;
- ein Bundesmobilitätsgesetz zu beschließen, das die Ziele der Verkehrsvermeidung, Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs und die Verlagerung des Verkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger in den Mittelpunkt stellt;
- den Stopp aller Planungen für Public-Private-Partnership-Projekte im BVWP 2030 und die bereits privatisierten Straßenabschnitte in öffentliches Eigentum überzuführen;
- die Reduzierung des Individualverkehrs und den flächendeckenden Ausbau und die Stärkung des ÖPNV;
- die Verabschiedung und Umsetzung eines integrierten Gesamtkonzepts für eine klimafreundliche Mobilität;
- einen grundsätzlichen Stopp beim Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen und eine Konzentration der Mittel für die Bundesfernstraßen in die Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen;

- eine generelle Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Bundesregierung auf,

- einen sofortigen Stopp der Planung und des Baus von neuen Autobahnen und Bundesstraßen zu erlassen;
- den BVWP 2030 zurückzuziehen und durch ein Bundesmobilitätsgesetz mit den Zielen der Ressourcenschonung, des minimalen Flächenverbrauchs, der Nachhaltigkeit und der Klimagerechtigkeit zu ersetzen;
- eine an den Anforderungen des Klimaschutzes orientierte grundlegende Überprüfung der Bedarfspläne für ein Bundesmobilitätsgesetz vorzunehmen;
- im Rahmen der Fassung eines Bundesmobilitätsgesetzes eine aktive und partizipative Bürger*innenbeteiligung zu ermöglichen;
- die Investitionen in Bundesstraßen auf notwendige Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen in die bestehenden Bundesfernstraßen zu beschränken.

Die NaturFreunde werden

- sich weiter aktiv an den bundesweiten Verkehrs- und Mobilitätswendebündnissen beteiligen;
- sich im Bündnis „Bahn für alle“ für einen flächendeckenden Ausbau der Bahn engagieren;
- sich in Bundesländern, Städten und Regionen an regionalen Verkehrswendebündnissen beteiligen;
- Materialien und Referent*innen zur Verfügung stellen.

Empfänger*innen: Abgeordnete des Bundestags und der Landesparlamente, die Bundesregierung und die Landesregierungen



Mobilitätswende braucht einen attraktiven öffentlichen Verkehr

Die NaturFreunde setzen sich für einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein. Nur wenn es gelingt, eine nachhaltige Mobilität für alle zu organisieren, wird sich der Autoverkehr deutlich reduzieren. Die NaturFreunde sehen in einem bezahlbaren und flächendeckenden Angebot des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs einen wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ziel muss ein attraktives Angebot an ausreichend Bussen und Bahnen sein, die flächendeckend, regelmäßig und pünktlich kommen. Gerade der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den ländlichen Regionen ist für eine klimagerechte Verkehrspolitik zentral, damit die Menschen in den urbanen Großräumen, aber auch in ländlichen Regionen, auf klimafreundlichere Alternativen umsteigen können.

Die NaturFreunde fordern für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs

- eine nachhaltige und solidarische Finanzierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs;
- eine Investitionsoffensive für den öffentlichen Verkehr, an der sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam beteiligen;
- faire Löhne und Arbeitsbedingungen für Busfahrer*innen und Beschäftigte bei der Bahn sowie gute Aus- und Weiterbildungsangebote;
- die Schaffung von zusätzlich 70.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Verkehr, um einen flächendeckenden Ausbau zu ermöglichen;
- die Beendigung der am Auto orientierten Verkehrsplanung der letzten Jahrzehnte. Die dadurch freiwerdenden Mittel müssen zu Gunsten von öffentlichem Verkehr, Fahrrad- und Fußverkehr genutzt werden.

Als kommunale Aufgabe ist das Angebot öffentlicher Mobilität bisher von der Kassenlage der jeweils zuständigen Behörde abhängig. Dadurch unterscheidet sich die Qualität des Angebots für Bürger*innen ebenso wie der Beitrag der kommunalen Maßnahmen zum Klimaschutz im Verkehr stark. Durchgängige Mobilitätsangebote über Stadt-, Kreis- oder Landesgrenzen hinweg zu entwickeln ist schwierig. Sie sind aber notwendig, da Klimaschutz und die Erreichung der Klimaziele nicht länger aufgeschoben werden können.

Die Finanzierung urbaner und regionaler klimafreundlicher Mobilität muss deshalb jetzt auf solide Füße gestellt werden. Wir brauchen keine Vielzahl von einzelnen Fördertöpfen, sondern ein bundesweites Finanzierungsprogramm und eine Investitionsoffensive durch die Länder und den Bund. Ziel muss es sein, dass Städte, Kommunen und Landkreise die Verkehrswende durch den Ausbau klimafreundlicher Mobilität nachhaltig in Angriff nehmen können.

Die NaturFreunde fordern für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

- einen flächendeckenden Ausbau und eine qualitative Verbesserung des ÖPNV;
- Investitionen in den ÖPNV, damit die Nutzung des ÖPNV für alle Bürger*innen und die Arbeitsbedingungen von Busfahrer*innen und Bahnmitarbeiter*innen attraktiver werden;
- die Schaffung von getakteten Verbindungen und attraktiven Anschlüssen in der Stadt und in den ländlichen Regionen;

- neue Finanzierungskonzepte, die auch Unternehmen und Handel an den Kosten des ÖPNV beteiligen, um langfristig eine ticketfreie Nutzung des ÖPNV für alle Nutzer*innen sicherzustellen;
- eine Verdoppelung des Angebots an Bussen und Bahnen bis 2030, mit dem Ziel, die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV zu verdoppeln;
- 100.000 Neueinstellungen, um das aktuelle ÖPNV-Angebot am Leben zu erhalten, da bis zum Jahr 2030 etwa die Hälfte aller Beschäftigten in den Ruhestand gehen wird;
- eine nachhaltige Umgestaltung der Städte und Kommunen, damit nachhaltige Mobilität, aber auch neuer Wohnraum, Spielplätze und Grünflächen endlich den notwendigen Platz bekommen;
- Vorfahrt für ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr sowie eine Kombination von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr.

Die NaturFreunde werden

- sich weiterhin aktiv in dem Bündnis „Verkehrswende ÖPNV“ von ver.di, EVG, Fridays for Future, VCD und Umweltverbänden für eine soziale, ökologische und konsequente Verkehrswende einsetzen;
- gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di für faire Löhne und die tarifliche Absicherung der Beschäftigten im ÖPNV eintreten und die Aktionen von ver.di zur Schaffung eines einheitlichen Manteltarifvertrags für alle Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr unterstützen;
- gemeinsam mit ver.di gegen weitere Privatisierungen und Ausgliederungen von Busunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr kämpfen;
- sich bei Städten und Gemeinden für den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzen;
- gemeinsam mit regionalen Initiativen, Gewerkschaften und kommunalen Verkehrswendeinitiativen für einen bezahlbaren und gut ausgebauten flächendeckenden öffentlichen Verkehr eintreten;
- einen Musterantrag für kommunale Initiativen zur Förderung eines flächendeckenden und bezahlbaren öffentlichen Verkehrs für die Arbeit in den Ortsgruppen erarbeiten.

Empfänger*innen: Fraktionen im Bundestag und den Landtagen, Bundesregierung und Landesregierungen, kommunale Mandatsträger*innen



Für einen sozialen und ökologischen Umbau der Automobilindustrie

Heute müssen die Weichen für eine nachhaltige Energie- und Mobilitätswende gestellt werden, wenn wir die zunehmende Klimakrise noch verhindern wollen. Die NaturFreunde Deutschlands wollen den notwendigen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft sozial gestalten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Mobilitätsinitiativen wollen die NaturFreunde einen Beitrag zum sozialen und nachhaltigen Umbau der Automobilindustrie leisten.

Eine zentrale Forderung seit Gründung der NaturFreunde ist das „Recht auf Mobilität“ als wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Mobilität ist ein soziales Menschenrecht, das in einer Weise organisiert werden muss, dass sie weder heutigen noch künftigen Generationen schadet.

Noch immer verdienen die Autokonzerne mit schweren und ressourcenintensiven Autos viel Geld. Durch diese Politik der Autokonzerne fließen Milliarden Euro Investitionen in die falsche Richtung. Statt einen konsequenten Umbau der Automobilindustrie hin zu einer Mobilitätsindustrie zu forcieren, setzen die Konzerne noch immer auf den motorisierten Individualverkehr. Durch ihre Lobbyarbeit wurde eine autozentrierte Verkehrspolitik festgeschrieben und die Bahn kaputt saniert. Zwischen 1993 und 2017 wurde das nutzbare Schienennetz um rund 7.000 Kilometer reduziert sowie die Deutsche Bahn als Aktiengesellschaft kaputtgespart. Eine solche Verkehrspolitik hat keine Zukunft und wird die Klimakrise weiter anheizen.

Die NaturFreunde erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich für eine konsequente Begrenzung der Erwärmungsobergrenze auf 1,5 Grad Celsius einsetzt. Dies bedeutet für den Mobilitätssektor eine drastische Reduzierung der Emissionen und einen konsequenten Umbau der Automobilindustrie.

Umbau der Automobilindustrie sozial gestalten

Bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren wurden von betrieblichen und gewerkschaftlichen Initiativen Vorschläge für eine grundlegende Veränderung des bisherigen Produktions- und Mobilitätsmodells vorgelegt. Sie forderten konkrete Konversionsschritte für die Automobilindustrie und die Förderung eines nachhaltigen und klimagerechten Verkehrs ein. Heute gibt es eine immer breitere gesellschaftliche Zustimmung, dass eine auf den motorisierten Individualverkehr

ausgerichtete Verkehrspolitik an ihre planetarischen Grenzen stößt und soziale und ökologische Verwerfungen mit sich bringt.

Ziel hierbei muss der Aufbau von alternativen Produktionen in der Automobilindustrie sein. Die NaturFreunde Deutschlands wissen, dass die Autoindustrie für ganze Regionen eine sehr hohe Bedeutung hat. Aufgrund der Exportorientierung der bundesdeutschen Automobilindustrie sind etwa 800.000 Beschäftigte und ihre Familien mit ihrem Einkommen von der Automobilindustrie abhängig. Die NaturFreunde wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür eintreten, dass beim notwendigen ökologischen Umbau der Automobilindustrie niemand auf der Strecke bleibt.

Die NaturFreunde setzen sich für einen grundlegenden Umbau der Automobilindustrie hin zu einer Mobilitätsindustrie ein. Ziel muss dabei eine klimagerechte und ressourcengerechte Produktion werden. Die Automobilindustrie steht hier vor einem grundlegenden strategischen Wendepunkt:

- Die Produktion und Nutzung des motorisierten Individualverkehrs trägt zu einem deutlichen Anstieg der globalen Emissionen bei und fördert damit die Klimakrise;
- Autos tragen erheblich zur Verschmutzung der Luft in den urbanen Großräumen bei und stellen für viele Menschen eine erhebliche Gesundheitsgefährdung dar;
- die Produktion von Autos verbraucht erhebliche Ressourcen und fördert aufgrund des ungerechten Weltwirtschaftssystems die Ausbeutung vieler Regionen im Globalen Süden.

Die NaturFreunde fordern einen grundlegenden Strategiewechsel in der Automobilindustrie, denn

- ohne eine grundlegende Veränderung der derzeitigen Produktionsweise werden die dort Beschäftigten keine berufliche Zukunft haben, da die aktuelle Produktionsgrundlage an die planetarischen Grenzen stoßen wird;
- ohne betriebliche Mitbestimmung durch Gewerkschaften und Beschäftigte wird der Umbau der Automobilindustrie zulasten der Beschäftigten durch die Konzerne organisiert werden;
- eine Mobilitätswende, die einseitig die Gewinne und Konzerninteressen in den Mittelpunkt stellt, wird keine sozial gerechte Mobilitätswende ermöglichen;

- eine grundlegende Transformation der Automobilindustrie muss mit der sozialen Absicherung der Beschäftigten verbunden werden, um einen sozialen Abstieg der betroffenen Kolleg*innen zu verhindern;
- ohne staatliche Rahmensetzung und die Durchsetzung von Beschäftigungsgarantien für betroffene Kolleg*innen wird der Umbau der Automobilindustrie von den Betroffenen als Bedrohung und sozialer Abstieg und nicht als Chance für eine nachhaltige, zukunftssichere und tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigung in Zukunftsbereichen gesehen werden;
- ohne die Entwicklung von neuen Mobilitätsprodukten durch eine gleichberechtigte Teilhabe der Betriebsräte und Gewerkschaften an dem Umbau der Automobilindustrie, werden keine zukunftsfähigen Arbeitsplätze entstehen.

Die NaturFreunde wollen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften für einen sozialverträglichen Umbau der Automobilindustrie zu einer Mobilitätsindustrie eintreten. Hierfür wird eine branchenübergreifende Transformationsstrategie benötigt. Für die NaturFreunde steht dabei nicht vorrangig eine Antriebswende für den motorisierten Individualverkehr, sondern eine grundlegende Mobilitätswende im Zentrum.

Die NaturFreunde werden die Interessen der Beschäftigten nach einem sicheren und tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsplatz in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Deshalb fordern wir die verlässliche soziale Absicherung der betroffenen Kolleg*innen und die Sicherung der tariflich erworbenen Ansprüche.

Die NaturFreunde fordern

- die Ausweitung der Mitbestimmung und die Verankerung ökologischer Mitgestaltungsrechte in der Betriebsverfassung;
- die Schaffung von regionalen Transformationsräten, die paritätisch aus Politik, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden und Industrie zusammengesetzt werden;
- massive Investitionen in Zukunftsprodukte für eine klimagerechte Verkehrswende;
- die Konzentration der öffentlichen Finanzmittel auf den Umbau der Infrastruktur hin zu einer ökologischen Infrastruktur;
- ein Recht auf Qualifizierung der Beschäftigten;
- Investitionen und eine Arbeitsplatzoffensive für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr;
- den Ausbau der Mitbestimmung und die Beteiligung der Beschäftigten bei den anstehenden Veränderungen.

Die NaturFreunde werden

- in Gesprächen mit der IG Metall für eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur ökologischen Transformation der Automobilindustrie eintreten;
- sich für eine Einschränkung der Macht der großen Automobilkonzerne einsetzen;
- sich für die Beendigung der Förderung und Subventionierung umweltschädlicher Verkehrsträger einsetzen;
- sich für einen ordnungspolitischen Rahmen einsetzen, der einen klimagerechten und sozialen Umbau der Industriegesellschaft ermöglicht.

Empfänger*innen: Abgeordnete des Bundestags und der Landesparlamente, die Bundesregierung und Landesregierungen, IG Metall und Betriebsrät*innen in den Automobilunternehmen



5. Themenbereich: Friedenspolitik und internationale Solidarität

Abrüsten statt Aufrüstung und Entspannungspolitik jetzt!

Gemeinsame Sicherheit und Klimaschutz statt Aufrüstung und Abschreckung

Die NaturFreunde Deutschlands fordern von der Bundesregierung und der EU eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Sicherheit ergibt sich nicht aus Abschreckung und Aufrüstung. Nächstes Jahr ist es 40 Jahre her, dass der damalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme im Auftrag der Vereinten Nationen den Bericht „Gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt hat. Sein Kernsatz hieß: „Sicherheit ist nicht mehr gegen den Gegner, sondern nur noch mit dem Gegner möglich.“

Diese Einsicht ist heute wichtiger denn je, sowohl weil die Rüstungsausgaben maßlos steigen, neue autonome Waffensysteme eingesetzt werden, die die Schwelle des Gewalteinsatzes senken, und neue und noch schnellere Atomwaffen stationiert werden, als auch neue globale Bedrohungen wie die Klimakrise oder die Verknappung von wichtigen Rohstoffen die Welt bedrohen.

Notwendig sind Abrüsten statt Aufrüstung, eine Fortsetzung und Vertiefung der weltweiten Rüstungskontrolle, der Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag, ein Stopp der Rüstungsexporte und eine Politik der

Gemeinsamen Sicherheit. Wir kritisieren die neue Hochrüstung, die Aufkündigung des INF-Vertrages und die Gefährdung der Rüstungskontrolle. Sie sind unvereinbar mit einer Friedens- und Entspannungspolitik für unsere Welt, die auf Gegenseitigkeit angewiesen ist, um die Erde nicht zu vernichten.

Auch unser Land steht an einer Weichenstellung, denn in Europa droht eine Rückkehr in eine neue, auch atomare Aufrüstung. Europa muss ein Friedensprojekt sein. Die derzeitige Militarisation und Gestaltung der EU als Großmacht müssen gestoppt werden.

In einer Welt, die am Rande des Friedens steht, muss die EU in Klimaschutz und soziale Sicherheit investieren und dort zur Vorreiter*in werden. Die Sicherheitspolitik der EU darf nicht von der NATO bestimmt werden. Deshalb:

- Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Vertrauen aufbauen, eine ökologisch verträgliche Entwicklung und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland und China vorantreiben.
- Zudem fordern wir, Rüstungsexporte zu verbieten.



Frieden in Bewegung

Mit der Friedenswanderung haben die NaturFreunde in den schwierigen Zeiten von Corona ein wichtiges Zeichen für den Frieden gesetzt. Das ist ein großer Erfolg unseres Verbandes, denn in dieser Zeit sich überlagernder Krisen wird die Bedeutung des Friedenthemas von der Öffentlichkeit massiv unterschätzt.

Dabei werden heute weitreichende Weichen gestellt, die Aufrüsten und Abschrecken heißen, jenes verhängnisvolle Zwillingsspaar aus der Zeit des Kalten Krieges, das heute wieder die internationale Politik

bestimmt. Deutschland spielt dabei eine unheilvolle Rolle, weil Deutschland zu einem neuen militärischen Koloss zu werden droht.

Schon heute liegt Deutschland auf Platz sieben in der Rangfolge der Rüstungsausgaben der fast 200 Länder der Welt. Es hatte in den letzten beiden Jahren die höchsten Zuwächse unter den ersten zehn der Erde, die zusammen auf 75 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben kommen. Sollten die Pläne der NATO umgesetzt werden, steigt Deutschland so-

gar auf Platz 5. Das ist der Platz, auf dem die Bundesrepublik bei den Rüstungsexporten schon steht. Auch deshalb müssen wir weitermachen, denn die NaturFreunde sind ein Teil der Friedensbewegung.

Wir sagen Nein zur Militarisierung der Welt, die viel mehr und mehr denn je auf Gemeinsamkeit angewiesen ist, um die sozialen und ökologischen Gefahren zu meistern. Deshalb

- Abrüsten statt Aufrüsten;
- eine neue Entspannungspolitik jetzt;
- gemeinsame Sicherheit ist das Gebot unserer Zeit;
- neue Anläufe für Abrüstung und Rüstungskontrolle;

- Nein zur Modernisierung der Atomwaffen; Deutschland muss atomwaffenfrei werden;
- keine neuen autonomen Waffensysteme, nein zu bewaffneten Drohnen;
- Rüstungsexporte verbieten.

Der Bundeskongress fordert den Bundesvorstand auf, mit „Frieden in Bewegung“ weiterzumachen. Ein möglicher Zeitraum für eine Wanderung mit bis zu 50 Etappen ist alle zwei Jahre, wobei wieder benachbarte Länder einbezogen werden sollen. Wir werben dafür, dass möglichst viele befreundete Organisationen mitmachen.



NaturFreunde global aktiv - für eine andere internationale Zusammenarbeit

Internationale Zusammenarbeit hat bei den NaturFreunden eine lange Tradition und ist ein fester Bestandteil unserer Arbeit. Zu unserer Geschichte gehören Internationale Arbeiter*innensporttreffen im Rahmen der Naturfreunde Internationale (NFI) genauso wie Solidaritätsaktionen mit Vietnam oder Nicaragua. Ihre internationale Arbeit haben die NaturFreunde immer als einen Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung begriffen, das gegenseitige Kennenlernen und bessere Verstehen standen im Mittelpunkt.

Angesichts von Klimawandel und globaler Umweltzerstörung, angesichts von globaler Ungerechtigkeit, aber auch angesichts der Versuche neue Grenzen zu entwickeln, müssen wir NaturFreunde unsere internationale Zusammenarbeit auf neue Grundlagen stellen. Die NaturFreunde sind sich bewusst, wie stark der europäische Kolonialismus und (Kolonial-) Rassismus die Globalisierung geprägt haben und weiter prägen und setzten sich darum für eine Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte sowie den Kampf gegen Rassismus ein. Die gerechte Gestaltung der Globalisierung ist unser Ziel, für das wir uns im Zusammenhang mit einer sozial-ökologischen Transformation einsetzen. Dabei bleibt ein wichtiger Teil unserer Arbeit das Zusammenführen von Menschen unterschiedlicher Herkunft und das Eintreten für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Die NaturFreunde stehen für ein offenes und solidarisches Miteinander und bieten Räume für interkulturellen Austausch und gesellschaftliche Diskurse.

Unsere Beweggründe

Die NaturFreunde streben eine sozial-ökologische Transformation an. Wir zeigen auf, dass ein anderes Zusammenleben möglich ist, ja entstehen muss um unsere gesellschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen. Eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft ist ein stabiler Frieden, in dem wir seit vielen Jahrzehnten zumindest innerhalb der Europäischen Union leben. Gleichzeitig sind Deutschland und die Europäische Union in viele militärische Auseinandersetzungen außerhalb der EU involviert. Durch ihre neoliberale Außenwirtschaftspolitik, durch die aggressive Rüstungsexportpolitik und durch ihren Rohstoffhunger tragen die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Verschärfung von Konflikten in vielen Regionen der Welt bei. In der internationalen Zusammenarbeit sichert sich Deutschland über die Europäische Union auch das angebliche Recht und die Macht, andere Länder, insbesondere des Globalen Südens, für seine Zwecke auszunutzen. Stabilität in Ländern des Globalen Südens wird nicht angestrebt, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, sondern um Ressourcensicherheit für die Länder Europas zu erreichen und Absatzmärkte zu erschließen. Hier muss ein Umdenken erfolgen. Außenpolitik muss in erster Linie Friedenspolitik sein und es darf nicht der wirtschaftspolitische Gedanke Vorrang haben. Die NaturFreunde beschäftigen sich daher insbesondere mit den außenpolitischen Handlungsweisen der Europäischen Union - sowohl mit Blick auf die Länder des Globalen Südens als auch gegenüber Partner*innen an den Außengrenzen der Europäischen Union. Wir

setzen uns gegen jede Form des Kolonialismus ein und kämpfen für faire Handelsbeziehungen.

Auch der Umgang mit Migration ist für uns ein Aspekt der Außenbeziehungen. Dass große Migrationsbewegungen die Folge von ungleichen Lebensbedingungen sind und durch die europäische Außenpolitik der Machtsicherung mitverursacht werden, steht für uns außer Frage. Es kann daher nicht die Lösung sein, die Augen zu verschließen und Migrant*innen abzuweisen oder auf ihrem Weg nach Europa menschenunwürdigen Bedingungen zu überlassen. Ziele unserer internationalen Arbeit sind ein übergeordneter Einsatz für Reise- und Bleibefreiheit für alle Menschen und ganz konkret der Austausch von Best-Practices, das gemeinsame Lernen voneinander sowie die Schaffung einer guten Lebenssituation in den Herkunftsländern.

Unsere internationale Arbeit basiert auf einer engen Kooperation und Zusammenarbeit im Rahmen der NFI. Wir NaturFreunde vernetzen uns multilateral mit Partnerorganisationen über die NFI und sehen in einem gemeinsamen Eintreten für unsere Werte einen wichtigen Baustein unserer Arbeit. Darüber hinaus engagieren wir uns in der bilateralen Arbeit mit unseren direkten und indirekten Nachbarn innerhalb Europas. So sind zum Beispiel die langjährige Deutsch-Französische Zusammenarbeit, der Austausch mit unseren tschechischen Partner*innen oder Kooperationen mit NaturFreund*innen in Österreich und der Schweiz für uns der gelebte Grundgedanke der NaturFreunde-Bewegung.

In einem Europa, in dem nationale Interessen mehr und mehr in den Vordergrund treten und Staaten unfähig sind, globale Themen auch global anzugehen und nicht nur ihre Partikularinteressen vertreten, ist der Gedanke der internationalen Solidarität wichtig wie nie.

Eine besondere Rolle spielt seit mehr als 20 Jahren die Zusammenarbeit mit den NaturFreunden Afrikas. Am Anfang stand das Kennenlernen über Begegnungsreisen im Mittelpunkt, schnell wuchs die Erkenntnis, dass der Lebensstil in Europa und den Industrieländern des Nordens auf Kosten der Menschen in Afrika geht, und es entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen vieler Projekte. Unsere Idee einer gerechten Welt schließt den Einsatz für gerechte Lebensbedingungen in Ländern des Globalen Südens mit ein, zudem sind uns die Folgen des europäischen Kolonialismus bewusst und

wir setzen uns aktiv mit unseren Schwesterorganisationen damit auseinander.

Unsere Aktivitäten

Der Grundsatz unserer internationalen Zusammenarbeit ist die Begegnung auf Augenhöhe. Wir fördern den Austausch, das unmittelbare Kennenlernen und die Entwicklung eines Verständnisses füreinander zwischen internationalen Partner*innen durch Reisen in Partnerländer und Begegnungen vor Ort in Deutschland. Gleichzeitig ist uns globales Lernen ein wichtiges Anliegen. Die Erfahrungen und Ergebnisse der Reisen in die Breite zu tragen und in lokalen NaturFreunde-Zusammenhängen erlebbar zu machen, ist ebenso Bestandteil unserer internationalen Arbeit.

Gemeinsam mit Partner*innen entwickeln wir Projekte, die über Jahre wachsende Kooperationen bilden. Hierbei ist uns vor allem die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort wichtig. Wir setzen uns für eine freie und starke Zivilgesellschaft weltweit ein, die demokratische Strukturen und ihre Rechte einfordert und mitgestaltet.

Die Herausforderungen

Die Entsolidarisierung innerhalb Europas und die Klimakrise, die nur unter solidarischem Einsatz der Weltgemeinschaft bewältigt werden kann, stellen auch unsere Internationale Arbeit vor neue Herausforderungen und Fragen:

- Wir müssen uns den Fragen der innereuropäischen Solidarität nicht nur im eigenen Verband stellen: Wie verhalten wir uns zu sozialen und ökologischen Gefällen in der EU? Wie kann eine solidarische Europäische Integration für wirtschaftlich schwächere Staaten aussehen? Wie gehen wir in Deutschland mit Zuwander*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten um?
- Flugreisen sind besonders klimaschädlich. Wie können wir internationale Begegnungen weiterhin gewährleisten? Sie sind das Rückgrat der Freundschaften, nur über den persönlichen Kontakt kann Vertrauen und Verständnis aufgebaut werden.
- Wir streben ein Miteinander auf Augenhöhe an, wobei wir uns mit unseren Partner*innen über unterschiedliche Perspektiven austauschen, gemeinsame Verständnisse entwickeln und strukturelle Ungleichheiten und damit verbundene unterschiedliche Möglichkeiten aktiv thematisieren.

- Wir fragen uns aber auch: Wie kann ein Miteinander auf Augenhöhe existieren, solange
 - die meisten Fördergelder vom deutschen Partner kommen?
 - eine Einreise für viele Freund*innen nicht möglich ist aufgrund von monetären und nicht monetären Hindernissen (zum Beispiel Visabedingungen)?
 - die deutsche Politik und oft auch die NaturFreunde neokoloniale Ansätze nicht gänzlich überwunden haben?

Innerhalb unserer Strukturen setzen wir uns mit diesen Fragen und Auswirkungen unseres Tuns auseinander. Politisch streiten wir für eine offene Auseinandersetzung mit unseren Forderungen nach einer solidarischen, ökologischen und friedlichen (EU-) Außenpolitik, die faire Handelsabkommen anstrebt, die nicht auf Indikatoren der Wirtschaft basieren sondern Indikatoren des Gemeinwohls in den Fokus stellen. Im „Netzwerk NaturFreunde Global“ laden wir Aktive und Interessierte an der internationalen Arbeit zum Austausch ein.

Unsere Forderungen sind deshalb:

- Eine konsequente friedliche, solidarische und ökologische deutsche und EU-Außenpolitik.
- Eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen unseres bisherigen Handelns, dem europäischen und deutschen Kolonialismus sowie strukturellem Rassismus.
- Die Schaffung und Erhaltung von Räumen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowohl innerhalb wie auch außerhalb der EU muss nicht nur unser Ziel, sondern auch Ziel der politischen Ak-

tivitäten der EU und Deutschlands sein. Wir nehmen stetig kleiner werdende Freiheiten und Möglichkeiten von Zivilgesellschaft nicht hin, stellen uns Einschränkungen und Behinderungen unserer Arbeit entschieden entgegen und fordern politische Unterstützung für unser Tun ein.

- Eine faire Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Interessen und Bedürfnissen unserer internationalen Partner*innen. Faire Handelsbedingungen, solidarische Zusammenarbeit und Verbesserung der Situation aller Partner*innen müssen dabei im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Eine einseitige und rein wirtschaftlich orientierte Zusammenarbeit lehnen wir ab und fordern stattdessen eine Orientierung am Gemeinwohl.
- Als zivilgesellschaftliche Akteur*innen fordern wir die Ermöglichung unmittelbaren internationalen Austauschs und den Abbau von Hindernissen. Die Visavergabe darf nicht willkürlich erfolgen oder auf einer Bürgschaft zivilgesellschaftlicher, oft ehrenamtlich arbeitender Partner*innen basieren. Staatlich gewünschte Austausche dürfen für die Ausführenden nicht ein hohes finanzielles Risiko bedeuten.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, der Friedensbewegung, sozialen und Umweltorganisationen sowie mit ihren internationalen Partner*innen wollen die NaturFreunde für internationalistische, gerechte, solidarische, ökologische und friedliche internationale Beziehungen streiten. Innerhalb des Bundesverbands werden die NaturFreunde hierzu Veranstaltungen anbieten, um eine offene innerverbandliche Diskussion zu fördern.



EU-Mercosur-Abkommen stoppen

Seit 1999 verhandelt die EU-Kommission mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über den Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens. Im Juni 2019 wurde eine politische Verständigung über den Abschluss dieses Freihandelsabkommens erzielt. Mit dem EU-Mercosur-Abkommen soll die zerstörerische neoliberale Handelspolitik der EU fortgesetzt werden. Das Abkommen hilft vor allem den Konzerninteressen und wird die weitere Zerstörung der Urwälder, soziale Ungleichheit und eine unverantwortliche Agrarpolitik fördern.

Mit dem Freihandelsabkommen wird das extraktive Landwirtschaftsmodell der Agrarlobby weiter gefördert, das durch Brandrodung des Urwalds, Überweidung und Zerstörung der Böden und die weitere Ausweitung von Mastbetrieben und chemisch intensiven Monokulturen gekennzeichnet ist. Das Handelsabkommen zerstört die Lebensgrundlagen vieler Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen, sowohl in den Staaten der EU als auch im südamerikanischen Staatenbund Mercosur.

Die EU-Industrie und vor allem auch die Automobilunternehmen haben Interesse am Zugang zu möglichst billigem brasilianischen Erz und Stahl. Durch diese Wirtschaftsinteressen wird der brasilianische Regenwald weiter zerstört und die extraktivistische Politik der Industriestaaten weiter intensiviert. Die brasilianische Stahlindustrie verwendet zur Verhütung in ihren Stahlwerken keine Steinkohle, sondern Holzkohle. Durch die damit verbundene Regenwaldzerstörung wird der Klimawandel weiter angeheizt und riesige Flächen im Amazonasgebiet werden gerodet.

Um die Interessen der Industrie- und Agrarlobby durchzusetzen, werden Menschenrechtsaktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Umweltschützer*innen bedroht und ermordet. Menschenrechtsverteidiger*innen berichten von tausenden Aktivist*innen und Gegner*innen dieser Politik, die in Polizeistationen oder von paramilitärischen Einheiten gefoltert und gedemütigt wurden. Durch Todesschwadronen werden Aktivist*innen und Gegner*innen verschleppt und vielfach ermordet.

Durch das Freihandelsabkommen wird der Handel mit Agrarrohstoffen aus den Staaten des Mercosur forciert. Gleichzeitig soll der Export von Autos, chemischen Erzeugnissen und Industriegütern aus den Staaten der EU gefördert werden. Durch seine Ausrichtung zerstört das Abkommen Arbeitsplätze in beiden Regionen.

Die NaturFreunde Deutschlands lehnen das EU-Mercosur-Abkommen ab und setzen sich für eine grundlegende Veränderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EU-Außenhandelspolitik ein. Gemeinsam mit mehr als 450 Organisationen aus Südamerika und Europa fordern die NaturFreunde Deutschlands die EU-Kommission und die Bundesregierung auf, dieses rückwärtsgewandte Freihandelsabkommen zu stoppen und sich für eine grundlegende Veränderung der internationalen Beziehungen zwischen der EU und anderen Regionen und Staaten einzusetzen. Die NaturFreunde Deutschlands erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich für eine sofortige Beendigung der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen EU-Mercosur einsetzt.

Die NaturFreunde Deutschlands kritisieren das Freihandelsabkommen EU-Mercosur vor allem, weil durch das Abkommen

- die einseitig auf Wachstum und Export ausgerichtete Außenwirtschaftspolitik der EU weiter gefördert wird;

- Klimagerechtigkeit verhindert und die Klimakrise durch die Abholzung des Amazonasregenwaldes und die Absatzförderung für besonders klimaschädliche Autos verschärft wird;
- Arbeitnehmer*innenrechte aufgrund der zunehmenden Konkurrenz zwischen den Unternehmen beschnitten werden;
- eine exportorientierte Agrarpolitik sowohl in den Staaten der EU als auch in den Mercosur-Staaten gefördert wird;
- die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die zu einer Benachteiligung der Staaten des globalen Südens führt, weiter zu Lasten der südamerikanischen Staaten verschlechtert wird und dadurch das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Europa und Südamerika zunimmt;
- eine weitere Deindustrialisierung und Zerstörung von kleinen und mittleren Unternehmen in den Staaten des Mercosur forciert wird;
- der weitere Ausbau der industrialisierten Agrarbetriebe und damit die Zerstörung der kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetriebe zunimmt;
- der Export von Pestiziden in die Staaten des Mercosur erleichtert und damit die Nutzung von Pestiziden in Südamerika deutlich verstärkt wird;
- die biologische Vielfalt durch die zunehmende Zerstörung des Regenwaldes und die industrialisierte Agrarpolitik noch aktiver gefährdet wird;
- das Tierwohl und die lokale Lebensmittelerzeugung noch mehr gefährdet wird und durch die Förderung der industrialisierten, exportorientierten Agrarfabriken sowohl in den Staaten des Mercosur als auch in den Staaten der EU die Existenz von Kleinbäuer*innen, kleinen Landwirtschaftsbetrieben und Agrargenossenschaften vernichtet wird;
- die billigen Fleischimporte und der zunehmende Soja- und Zuckerrohranbau gefördert und damit zu einer weiteren Zerstörung der Umwelt beigetragen wird;
- die weitere Intensivierung von Gentechnik- und Pestizideinsatz gefördert und damit zu einer Zunahme der Gewässerverschmutzung beigetragen und das Recht auf sauberes Trinkwasser für Millionen Menschen infrage gestellt wird;
- die Zunahme von Menschenrechtsverletzungen gefördert und zu einer weiteren Verschlechterung der Menschenrechtsslage in den Mercosur-Staaten, insbesondere in Brasilien, beigetragen wird;
- durch die industrielle Landwirtschaft und die Förderung des exportorientierten Bergbaus Landkonflikte verschärft werden und die Vertreibung

- von Kleinbäuer*innen und Indigenen von ihrem angestammten Land weiter zunehmen wird;
- die Beschleunigung der Abholzung im Amazonas durch seine einseitige Exportorientierung der Landwirtschaft und des Bergbaus gefördert wird und damit die weitere Zerstörung lebenswichtiger natürlicher Ressourcen zunimmt.

Ausdrücklich solidarisieren sich die NaturFreunde Deutschlands mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs aus Europa und Südamerika, die sich gegen das EU-Mercosur-Abkommen engagieren. Der Widerstand der NaturFreunde gegen dieses Abkommen ist Teil ihrer internationalen Solidaritätsarbeit und ihres Einsatzes für die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Nicht mehr die Profitinteressen multinationaler Konzerne, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen müssen in den Mittelpunkt der Außenwirtschaftspolitik der EU-Kommission gerückt werden. Daher setzen sich die NaturFreunde für eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen in beiden Regionen ein und werden ihre Zusammenarbeit mit sozialen und ökologischen Initiativen und Verbänden in den Staaten des Mercosur ausbauen.

Die NaturFreunde Deutschlands setzen sich für eine Beendigung der Verhandlungen über neoliberale Freihandelsabkommen ein und fordern die Bundesregierung auf, innerhalb der EU für eine soziale und klimagerechte Außenhandelspolitik der EU einzutreten. Von der Bundesregierung erwarten die NaturFreunde, dass sie die rückwärtsgewandte Wirtschaftsideologie, die hinter diesen neoliberalen Freihandelsabkommen steht, beendet und sich für eine grundlegende Veränderung der internationalen Beziehungen einsetzt.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern

- die Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU für eine sofortige Beendigung der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen EU-Mercosur einzusetzen;
- die Bundesregierung auf, die Kritik an dem Abkommen der EU-Mitgliedstaaten wie Österreich, Frankreich, Belgien oder Luxemburg sowie des Europäischen Parlaments zu unterstützen;
- die Bundesregierung auf, sich gegen den Versuch der EU-Kommission mit einem Zusatzabkommen das EU-Mercosur-Abkommen durchzusetzen, zu wenden;
- die Fraktionen im Deutschen Bundestag und im EU-Parlament auf, gegen die Ratifizierung des Freihandelsabkommen EU-Mercosur zu stimmen.

Die NaturFreunde werden

- sich weiterhin aktiv im Netzwerk Gerechter Welthandel und in der internationalen Koalition „Stop Mercosur“ engagieren und die internationale Vernetzung des Widerstandes gegen das Freihandelsabkommen unterstützen;
- sich in den Bundesländern, Städten und Regionen an regionalen Bündnissen für einen gerechten Welthandel beteiligen;
- die Kontakte zu Initiativen und sozialen Bewegungen in den Staaten des Mercosur ausbauen und sich für eine engere Vernetzung einsetzen;
- Materialien und Referent*innen zum Freihandelsabkommen EU-Mercosur zur Verfügung stellen.

Empfänger*innen: Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestags und der Landesparlamente sowie die Europäische Kommission, die Bundesregierung und die Landesregierungen



Corona-Impfstoffe für alle Länder freigeben

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie verletzlich menschliches Leben in der immer enger vernetzten Welt ist. Sie hat uns in aller Schärfe deutlich gemacht, wie dünn die Schutzschichten geworden sind.

Sie hat uns auch deutlich gemacht, dass derartige Krisen eine Herausforderung an die Demokratie und Gemeinsinn sind, ja sogar zu ihrer Einschränkung und Gefährdung werden können. In diesen Zeiten haben staatliche Stellen und auch wissenschaftliche

Berater*innen eine herausgehobene Bedeutung und Verantwortung. Das gilt auch für die Pharmaindustrie, die Impfstoffe herstellt.

Die Gesellschaft kann unter das Diktat von vermeintlichen oder tatsächlichen Expert*innen geraten, wenn die allein aus ihrer Sicht die Vorgänge technokratisch bewerten und die Handlungsanweisungen bestimmen. Wir teilen nicht die Verschwörungstheorien, die zum Beispiel auch auf den Demonstrationen

der Querdenker*innen vertreten werden. Im Gegenteil: Das ist ein leichtfertiges und verantwortungsloses Gerede in einer existenziellen Krise der menschlichen Gesellschaft.

Dennoch darf die Gefahr eines Machtmissbrauchs nicht übersehen werden, zumal die Zahl der Berater*innen und der Impfstoffproduzent*innen sehr eingeschränkt war. Patente der Impfstoffe, die mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert wurden, werden bis heute nicht als gemeinsames Gut der Menschheit verstanden, wobei die deutsche Bundesregierung hierbei eine bremsende Rolle einnimmt. Auch werden Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler*innen bis heute kaum in die Beratungen einbezogen. Wir bestreiten nicht die Kompetenz der Virolog*innen, aber allein reicht das nicht aus, um komplexe Vorgänge zu bewerten.

Auch der Bundestag wurde längere Zeit an den Rand gedrängt durch die Konferenz aus Teilen der Bundesregierung und der Ministerpräsident*innen der Länder. Dadurch wurden Entscheidungen von kurzfristig ausgehandelten Mehrheiten bestimmt und zweifellos auch Fehler gemacht.

COVID 19 hat zudem gezeigt, dass die Warnungen früherer Corona-Ausbrüche wie SARS und MERS nicht ernst genommen wurden. Sie wurden verdrängt, weil sie scheinbar weit weg waren. Vorsorge fand kaum statt. Das ist vor allem ein Versagen der Bundesregierung. Offenkundig gab es keine Vorsorge und Voraussicht. Die Politik wie aber auch die Mehrheit der Medien liefen der Entwicklung hinterher. Dabei tun sich durchaus Parallelen zur Klimakrise auf.

Corona hat die sozialen Unterschiede in der Gesellschaft verschärft. Das gilt nicht nur national, sondern mehr noch im globalen Maßstab. Insbesondere der afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Kontinent sind intensiv von der Pandemie betroffen, auch weil dort Autokraten die Probleme unverantwortlich verharmlost haben und in diesen Ländern die Menschen weniger Möglichkeiten haben, sich schützen zu können.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern, dass

- der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission einsetzt, die unter möglichst breiter gesellschaftlicher Beteiligung die Ursachen, Bearbeitung und Folgen der Corona-Pandemie, auch unter Einbeziehung der Erfahrungen in anderen Ländern, aufarbeitet, Fehler benennt und Empfehlungen für eine Verbesserung der staatlichen, öffentlichen und wissenschaftlichen Vorsorge macht. Die Kommission muss auch aufzeigen, wie künftig
 - o Arbeitsverhältnisse angesichts der Ausweitung digitaler Anforderungen und Möglichkeiten besser gesichert und sozialrechtlich gestärkt werden können;
 - o Jugend-, Sozial- und Senior*inneneinrichtungen ihre Aufgaben unter dem bedrohlichen Außen- druck einer Pandemie besser wahrnehmen können;
 - o die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen so ausgestaltet wird, dass sie krisenfester wird;
 - o die Gesundheits- und Sozialdienste angemessen ausgestattet und besser bezahlt werden.
- sich der Bundestag intensiv damit beschäftigt, welche Konsequenzen aus der Corona-Pandemie für die Klimakrise und andere globale ökologische Gefahren in Deutschland, in der EU und weltweit zu ziehen sind.
- die Patente für Corona-Impfstoffe weltweit freigegeben werden und die Staatengemeinschaft über die UNO dazu beiträgt, dass weltweit lokale Produktionsstätten für Impfstoffe errichtet werden und die medizinische Infrastruktur verbessert wird.
- es zu einer Weltinnenpolitik kommt, die eine Regionalisierung der Globalisierung vorantreibt, um gegen die globalen Gefahren und wirtschaftlich-finanzielle Macht ein größeres Gegengewicht zu schaffen und mehr Unabhängigkeit von den dominierenden globalen Strukturen, insbesondere der Dominanz von Banken und Konzernen, zu erreichen.



Anträge zur Organisation

Verbandsentwicklung

NaturFreunde sind Zukunft

Berg frei, Mensch frei, Welt frei! Die wichtigsten Gründungsideen der NaturFreunde sind Freiheit, Solidarität, Gleichheit, die Verbindung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit sowie der Einsatz für Frieden und Verständigung. Sie prägten unsere Geschichte und prägen sie auch heute. Unsere deutschlandweite Wanderung „Frieden in Bewegung“ ist dafür nur ein Beispiel.

Die NaturFreunde wandern, schützen die Natur, treiben Natursport, halten die Geschichte wach, kämpfen gegen völkisches Gedankengut, setzen sich für mehr Frieden und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein, organisieren einen sanften Tourismus und unterhalten rund 400 Häuser, in denen wir Bildungsangebote machen, Erholung, Geselligkeit und Freizeit ermöglichen, Kultur und Sport pflegen.

Wir sind kein Verband der Spezialist*innen, sondern sehen immer auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die beachtet werden müssen, um zu gerechten und dauerhaften Lösungen zu kommen. Die NaturFreunde sind ein Verband mit einem sozial-ökologischen, demokratischen Grundverständnis. Das zeichnet uns aus. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal.

Seit Jahrzehnten sind die NaturFreunde das zu wenig gehörte ökologische Frühwarnsystem der Arbeiter*innenbewegung. Wir verbinden den Schutz der Natur mit sozialer Verantwortung, einer lebensfreudigen Kultur und solidarischer Selbsthilfe. Wir prägen eine Alltagskultur, die anpackt, sozial und solidarisch ist und viele Ideen für ein besseres Leben hat.

Wir haben nicht nur eine Geschichte, auf die wir stolz sind, sondern werden auch heute gebraucht. Als früherer Vorläufer der modernen Friedens- und Ökologiebewegung weisen wir heute noch immer den Weg in eine solidarische, friedliche und ökologische Zukunft, gerade in unserer Welt tiefer Umbrüche.

Die große Idee der NaturFreunde ist die Leitidee der Nachhaltigkeit, die in unserem Jahrhundert eine

zentrale Rolle einnehmen muss. Auch deshalb müssen wir stärker werden. Wir wollen die jahrhundertalte Naturvergessenheit überwinden, ohne dass daraus eine neue Menschenvergessenheit wird.

Wir erklären den ökologischen, sozialen und kulturellen Wandel in erster Linie aus der historischen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Fehler, die wir im Verhältnis zur Natur gemacht haben, können wieder beseitigt werden. Aber dafür ist eine neue, eine sozial-ökologische Emanzipation des Menschen notwendig.

Die NaturFreunde vertreten damit weder ein romantisierendes noch ein antimodernes Naturverständnis. Im Anthropozän, der Menschenwelt, in dem wir nunmehr leben, müssen wir die soziale wie die natürliche Mitwelt gleichermaßen schützen und achten. Diese neue Epoche eröffnet uns und unseren programmatischen Ideen neue Bedeutung und neue Chancen.

Wir sind der erste Umweltverband, der sich grundsätzlich mit den Herausforderungen des Anthropozäns beschäftigt. Wir sehen darin nicht nur die Gefahr einer Selbstzerstörung unserer Zivilisation, sondern in erster Linie die Chance und die Aufgabe, den Menschen in seiner Rolle als Gestalter zu stärken. Das Anthropozän verlangt die Stärkung der Menschen, eine neue sozial-ökologische Emanzipation.

Wir sind ein kritischer und ein selbstkritischer Verband, der die Utopie eines guten und solidarischen Lebens vertritt. Wir sind ein Verband der Selbstbestimmung, der Selbsthilfe, der Solidarität und des Friedens. Gerade in unserer Zeit, in der durch die Individualisierung die Bindungen zur Gesellschaft dünner geworden sind, zeigen wir ein Gegenbild auf, den mündigen und solidarischen Menschen, der sich in der Gemeinschaft gut und zufrieden findet. In diesem Sinne streben wir eine kulturelle Vielfalt in unserem Verband an: Menschen jeder kulturellen und sozialen Herkunft, jeder Geschlechtsidentität und

sexuellen Orientierung, jeden Alters und Aussehens, jeden Glaubens und mit den unterschiedlichsten Erfahrungen sollen sich und ihre sozialen Bedürfnisse einbringen, damit sie an unserer Solidarität gleichberechtigt teilhaben.

In unserem Verständnis von Moderne gehen wir nicht von einem mechanistischen Evolutionismus aus, der Fortschritt in erster Linie als Ergebnis des wirtschaftlichen Wachstums und technischen Fortschritts sieht. Auch heute brauchen wir in erster Linie mehr Aufklärung und Verantwortung, mehr Demokratie und mutige Utopien eines guten Lebens und Zusammenlebens.

Uns geht es erneut um die Emanzipation der Menschen in Verantwortung für die Zukunft der Menschheit. Auch heute sagen wir: Mit uns zieht die neue

Zeit, die Zeit der Nachhaltigkeit, die ökologische und soziale Gerechtigkeit zur Grundlage wirtschaftlicher Innovationen und des friedlichen Zusammenlebens macht. Dafür wollen wir mehr Demokratie verwirklichen.

In allen unseren Bereichen - vom Natursport bis zum Naturschutz, von der solidarischen Kultur bis zum Häuserwerk - sind wir ein Verband mit einem besonderen Profil, eingeordnet in unsere Geschichte und in unsere Überzeugungen. Deshalb rufen wir dazu auf, die NaturFreunde stark zu machen. Werbt auf allen Ebenen für den Verband! Jedes neue Mitglied, jede einzelne Spende, jede Stunde ehrenamtlichen Engagements sind ein Beitrag für unsere Zukunft.



„Projekt 100.000“: Mitmachen, Mitglied werden, NaturFreunde stärken!

In den letzten Jahren sind wir gemeinsam viele Schritte in der Entwicklung unseres Verbandes gegangen.

- Wir haben inhaltlich als Verband für Nachhaltigkeit, Frieden und Menschenfreundlichkeit an Profil gewonnen. Wir konnten nicht zuletzt mit der Friedenswanderung „Frieden in Bewegung“ unsere Rolle in der Friedensbewegung stärken. Wir sind aktiv in Bündnissen gegen Rassismus und setzen uns für Vielfalt ein.
- Wir haben aktive Sportler*innen, viele Häuser, Kulturinitiativen, Ortsgruppen unterschiedlichster Struktur, regionale Zusammenschlüsse, Landesverbände und eine mehr denn je sichtbare Naturfreundejugend.
- Kurz, die NaturFreunde sind vielfältig und bunt. Die NaturFreunde sind ein Mitmachverband.

Wir wissen aber auch:

- Dieser Schatz an Vielfalt und Möglichkeiten in unserem Verband lässt sich nicht einfach organisieren. Unsere Strukturen sind komplex, erschließen sich nicht sofort. Zu oft bündeln wir unsere Kräfte noch zu wenig, auch wenn wir in den letzten Jahren schon große Schritte für eine bessere Vernetzung geleistet haben.
- An vielen Orten sind wir noch nicht wahrnehmbar genug, müssen wir sichtbarer und attraktiver werden.

- Um weiter Stärke zu entwickeln, müssen wir mehr werden.

Deshalb ist in den nächsten Jahren unsere Aufgabe:

- Neue Mitglieder gewinnen.
- Die laufende Verbandsentwicklung fortführen und mit neuem Schwung versehen.
- Das Profil unseres Verbandes weiter stärken.

Verbandsentwicklung bleibt unsere Aufgabe

Uns kennzeichnen eine lange Tradition, vielfältigste Aktivitäten, ein großes Häuserwerk und ein umfassender politischer Anspruch. Und das alles überwiegend ehrenamtlich! So vielfältig unser Verband aufgestellt ist, so vielfältig müssen auch die Schritte in eine gute Zukunft für uns sein. Nicht immer gleich schnell und gleichartig, aber immer dem gemeinsamen Ziel verpflichtet: Ein Verband zu sein, der zukunftsfähige Antworten geben kann auf die Probleme der Zeit!

Unsere Ideen, unser Profil beschreiben wir mit den folgenden Kernaussagen:

- Das Soziale ist ökologisch und das Ökologische ist sozial.
- Frieden und Verständigung sind die Grundlagen für eine gerechte Welt.

- Selbstbestimmung, Emanzipation und Solidarität sind unsere Grundlagen.
- Unser Verband ist der Treffpunkt für Freizeit, Spaß, Diskussion und Aktion.
- Mit einem klaren Wertegerüst bietet unser Verband Räume für eigene Ideen, ermöglicht neue Aktivitäten.
- Wir sprechen Menschen aller Altersgruppen an, insbesondere auch Kinder und Jugendliche über unseren Jugendverband.

Ausgehend von unseren zentralen Arbeitsfeldern der sozial-ökologischen Transformation, nachhaltigem Tourismus, Sport und dem geselligen, kulturellen Verbandsleben wollen wir die nächsten Schritte angehen. Die Arbeitsbegriffe dazu lauten: Organisationskultur, Netzwerk, Projekt, modernes Ehrenamt, Zusammenarbeit, Führungsfähigkeit und Kommunikation - auch digitale.

Das „Wir-Gefühl NaturFreunde“ stärken

Ein wichtiges Ziel unserer Arbeit ist, neben einer guten Arbeitsfähigkeit, das „Wir-Gefühl NaturFreunde“ zu stärken und uns als Verband wahrnehmbarer zu machen.

Organisationskultur steht für diese innere Verfasstheit der gemeinsamen Ziele, Werte und politischen Orientierungen. Wir haben diesen Entwicklungsprozess in den letzten Jahren an unserem Grundsatzpapier zur sozial-ökologischen Transformation im Rahmen der Treffpunkte N geführt. Seit mehr als einem Jahr bieten wir regelmäßig den digitalen Treffpunkt i an, bei dem wir Positionen der NaturFreunde erläutern und diskutieren sowie uns mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzen. Aktionen wie unsere Wanderung „Frieden in Bewegung“ stärken ebenfalls unser „Wir-Gefühl“.

Hier wollen und müssen wir weiterarbeiten!

Den Netzwerkansatz ausbauen

Die Stärkung des Netzwerkansatzes bleibt, wie schon in den vergangenen Jahren der Dreh- und Angelpunkt unserer Verbandsentwicklungsarbeit. Digitale Formate in der Zusammenarbeit unterstützen diese Ansätze, machen kurzfristige Abstimmungen möglich.

Perspektivisch entwickelt sich aus einer aktiven Kooperation zwischen unseren Ortsgruppen, zwischen

den Fachbereichen, den Landesverbänden etc. eine selbstlernende Netzwerkstruktur, die Nähe herstellt, gemeinsame Arbeitsformen entwickelt und trägt, wie Projekte oder Kampagnen. Das Binnenleben erfährt dadurch eine zusätzliche Dynamik und wird zum Impulsgeber unserer Organisationskultur - unserem „Wir-Gefühl“.

Diese Netzwerke können sich entlang von Strukturen bilden, aber auch thematisch orientiert sein - gute Ansätze sind vorhanden: die Zusammenarbeit einzelner Häuser im Projekt „Visionen leben. Nachhaltige Naturfreundehäuser (P19)“, die Zusammenarbeit im Sport oder thematisch zu Freihandel, Umweltfragen oder Normung. Im Fachbereich Kultur und Bildung sowie in der internationalen Arbeit haben wir neue Netzwerke initiiert. Treffpunkt N ist dabei als Plattform für Vernetzung und Erfahrungsaustausch unser regionales Format für inhaltliche Diskussion, die Entwicklung von neuen Aktions- und Arbeitsformen zur Umsetzung unserer Inhalte und Vernetzung.

Diese Arbeit wollen wir ausbauen. Es können auch kurzzeitige und befristete, inhaltliche Netzwerke für Aktivitäten sein: zum Beispiel politische Aktionen, Umweltaktionen, Hilfsprojekte.

Diese Formen von Netzwerkaktivitäten können für die Mitgliedergewinnung fördernd sein, denn Netzwerkarbeit ist auch für Nicht-Mitglieder offen und kann letztere kontinuierlich und dauerhaft an die Verbandsarbeit anbinden. Auch eröffnen die Netzwerkaktivitäten dem Verband gleichzeitig das zukunftsorientierte Arbeiten in und an Projekten, denn mögliche neue Mitglieder, ob jung oder älter, kennen das Arbeiten an Projekten aus ihrem Schul- oder Betriebsalltag - hier ist es schon seit Jahren gewohnte Routine!

Durch die Digitalisierung ist es sehr viel leichter geworden, auch „über Grenzen hinweg“ zu kommunizieren, sich mit ganz neuen Partner*innen zu verbinden.

Öffnung ist somit das nächste große Thema für unseren Verband und damit ganz direkt verbunden die Netzwerkbildung. Unsere inneren Vernetzungen müssen ergänzt werden um gesellschaftliche Vernetzungen. Sollen unsere wichtigen Inhalte, unsere Zukunftsideen, unser Manifest Wirkung zeigen, so müssen wir sie im Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen kommunizieren und verbreiten.

Unsere Wahrnehmung, unser Ansehen, unsere Bedeutung und damit unser Einfluss hängen ganz direkt von unserer Netzwerkfähigkeit ab. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Parteien, Umweltverbände und andere müssen unsere Partner*innen werden, unsere Partner*innen in Netzwerken.

Stärken des Ehrenamts durch Stärkenberatung und Ehrenamtsakademie

Unser Verband wird durch die vielen ehrenamtlich Aktiven getragen, sie machen die NaturFreunde aus, sie bestimmen die Arbeitsweise.

Stärkenberatung, Ehrenamtsakademie und Kampagnen haben sich als sehr gute Ansätze zur Entwicklung und Unterstützung unseres Ehrenamts erwiesen.

Stärkenberatung und Ehrenamtsakademie tragen zudem aktiv dazu bei, unsere Netzwerkfähigkeit weiter zu verbessern, sie helfen Projekte zu entwickeln, stärken das moderne Ehrenamt und setzen Impulse für eine moderne Vereinsführung. Über die Kampagnen bündeln wir Aktivitäten zu den Kampagnenthemen und machen den Verband so sichtbarer.

Verbandsentwicklung zu einem geschlechtergerechten, vielfältigen und diversitätsbewussten Verband

Auf der Förderung von Frauen in den Gremien auf allen Ebenen des Verbandes muss in der Verbandsentwicklung ein besonderer Fokus liegen. Dazu gehören auch Überlegungen zu einer Geschlechterquote sowie die konsequente Nutzung der geschlechtergerechten Sprache. Pluralität und vielfältige Lebenswelten sind zentrale Bestandteile demokratischer Gesellschaften. Deshalb wollen wir auch mehr Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Migrationsgeschichten für unseren Verband und für alle Entscheidungsebenen gewinnen. Für uns ist Diversitätsbewusstsein eine Basis- und Schlüsselkompetenz nicht nur von Jugendleiter*innen und Sporttrainer*innen, sondern von allen Engagierten in unserem Verband. Dazu gehört es, sensibel und empathisch für unterschiedliche Lebenswelten und Lebensentwürfe zu sein, das eigene Verständnis von Gesellschaft und die eigene Positionierung darin wahrzunehmen, zu reflektieren und neue Perspektiven einnehmen zu können.

In dieser Vielfalt bleiben wir jedoch durch die Grundidee unseres Verbandes vereint, der seit seiner

Gründung für soziale Gerechtigkeit, die Emanzipation des Menschen, seine freie Entfaltung, Aufklärung und das solidarische Miteinander eintritt.

Die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen für diesen Austausch muss integraler Bestandteil unserer Ausbildungsgänge sein, auch kann Stärkenberatung einen Beitrag zur Sensibilisierung leisten. Hierzu sollen auch Materialien von der Bundesebene bereitgestellt werden.

Verbandsentwicklung fördert Mitgliederentwicklung

Wir wissen natürlich, dass bei aller Euphorie für die Entwicklung unseres Verbandes eine existenzielle Frage immer mitschwingt: Wie finden und binden wir neue Mitglieder? Der einfache Ruf nach den „Neuen“ oder den „neuen Jungen“ hilft so nicht weiter.

Die Entwicklung des Verbandes ist dabei ein wichtiger Schritt, denn nur dort, wo die Strukturen unseres Verbandes mit der Lebenswirklichkeit möglicher „Neuer“ zusammenpassen, können wir auch neugierig machen und einbinden.

Um all den Anforderungen und notwendigen Veränderungen gerecht werden zu können, müssen wir unsere inneren Strukturen anpassen und optimieren. Verwaltungsaufgaben müssen stärker gebündelt werden, unsere Präsenz, unser Erscheinungsbild nach außen muss vereinheitlicht werden, Projektarbeit muss zu einer zentralen Arbeitstechnik werden, mehr Transparenz muss hergestellt werden, unsere Hierarchien müssen durchlässiger werden und mehr muss delegiert werden.

Wir sind überzeugt, dass wir uns zukünftig in allen Verbandsstrukturen breiter aufstellen müssen und auch hier Team-Bildung und Team-Leistungen – vielleicht auch Doppelspitzen – stärker betonen müssen. Dies gilt auch für den Bundesvorstand.

Neue Mitglieder für die NaturFreunde gewinnen

In Folge der Pandemie und der Lock-Downs mussten zahlreiche geplante Aktivitäten aller Gliederungen der NaturFreunde abgesagt werden. Die Möglichkeiten des Mitmachens waren erheblich eingeschränkt, begonnene Initiativen wurden ausgebremst. Aber

auch Neues konnte entwickelt werden, so haben digitale Arbeitsformen verstärkt Einzug gehalten und unsere Arbeit durchaus bereichert.

Jetzt können und wollen wir wieder sichtbarer werden, wollen wir neue Mitglieder gewinnen und diejenigen, die schon dabei sind, neu aktivieren.

Unser Ziel ist: Bis 2025 sind wir 100.000!

Wir können dieses Ziel erreichen,

- wenn alle Gliederungen Mitgliedergewinnung zu ihrer Aufgabe machen. Bundesgruppe und Landesverbände stehen zu diesem Ziel;
- wenn wir Gemeinsamkeiten und Unterschiede beispielsweise zwischen Erwachsenen- und Jugendverband erkennen und anerkennen;
- wenn wir Synergien heben und Arbeitsteilungen vereinbaren (zum Beispiel zu Altersgruppen oder Naturfreundehäusern und Klimaschutz);
- wenn wir unsere Stärken bei der Aktivenförderung wie die Ausbildung zu Sporttrainer*innen, FARN-Trainer*innen, Stärkenberater*innen oder Fortbildungen zur Naturfreundehäuserarbeit konsequent ausbauen;
- wenn wir verstärkt Online-Angebote für eine moderne Vereinsführung entwickeln und anbieten. Die Mitgliederverwaltung ist dazu der erste Schritt;
- wenn wir die innerverbandliche Kommunikation verbessern;
- wenn wir beispielsweise über Aktionstage als gesamter Verband sichtbar werden.

Mitgliedergewinnung - auf allen Ebenen und Gliederungen die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre

Attraktive Ortsgruppen sind die Basis für eine positive Entwicklung der Mitgliederzahlen. Die meisten Mitglieder sind vor Ort aktiv. Die Angebote der Ortsgruppen richten sich nach den Stärken und Interessen der Mitglieder vor Ort.

Daneben sprechen wir über die Naturfreundejugend gezielt Kinder und Jugendliche an, bieten Netzwerke und Projekte auf Landes- und Bundesebene Möglichkeiten, die NaturFreunde kennenzulernen, bei uns mitzumachen und auch Mitglied zu werden.

Über die Landesverbände werden spannende regionale Projekte initiiert und durchgeführt, die zur Schärfung des Profils der NaturFreunde beitragen, wie

zum Beispiel die WasserWege in Nordrhein-Westfalen, die Kulturwege in Hessen, das Kippenprojekt in Schleswig-Holstein.

Viele Menschen lernen zuerst ein Naturfreundehaus kennen und darüber dann den Verband, denn unsere Häuser sind die Räume für unsere Ortsgruppen- und Fachgruppenarbeit. Hier sind wir gute Gastgeber*innen. Unsere Häuser sind Stätten der Begegnung, der Erholung und der Solidarität, die Stätten unserer NaturFreunde-Idee, unsere Stützpunkte für Sportausbildung, Kulturarbeit, Bildungsformate. Sie sind somit auch ein Ort für die Gewinnung neuer Mitglieder.

Mit dem „Projekt 100.000“ wollen wir als Gesamtverband alle Ebenen für die inhaltliche und organisatorische Stärkung unseres Verbandes und mehr Mitglieder aktivieren. Unser Ziel ist die Beteiligung unserer Mitglieder in allen Ortsgruppen, in jedem Landesverband, in allen Gliederungen, bei der Naturfreundejugend.

Jede Ebene, jede Gliederung hat dabei eigene Zugänge und Ansätze für die Arbeit, sie bieten völlig unterschiedliche Möglichkeiten, zu den NaturFreunden zu stoßen und die große Gemeinsamkeit aller zu erleben. Und doch dürfen wir uns dabei nicht verzetteln. Wir müssen unsere Kräfte bündeln. Gemeinsames muss koordiniert werden. Wichtig wird auch der Erfahrungsaustausch, das Voneinander-Lernen sein.

Wir legen das „Projekt 100.000“ auf mehrere Jahre an. Im Sinne eines Projektmanagements werden kontinuierlich Arbeitsvorhaben und -schritte entwickelt und umgesetzt. Dabei setzen wir uns den folgenden Rahmen für den Gesamtverband:

- **Aktionstage:** Zweimal im Jahr stellen wir uns wichtige Themen im Rahmen von Aktionstagen dar. Dabei greifen wir jeweils im Herbst insbesondere Aspekte der Internationalität auf, dies ermöglicht auch die Verbindung mit Aktivitäten der Naturfreunde Internationale.
- **Koordinierte bundesweite Themen und Projekte. Beispiele sind**
 - o Naturfreundehäuser
 - o Flusslandschaft des Jahres
 - o Sportprogramm
 - o Frieden in Bewegung

- **Unsere Ansätze und Schritte:**

- o Zur Durchführung des „Projekts 100.000“ setzt der Bundesausschuss eine Begleitgruppe ein, in der der Bundesvorstand, die Landesverbände, die Naturfreundejugend sowie die Fachbereiche vertreten sind. Diese hat die Aufgabe, das Projekt zu koordinieren, Aktionen und Aufgaben inhaltlich und zeitlich abzustimmen, den innerverbandlichen Austausch zu gewährleisten.
- o Bei der Mitgliedergewinnung konzentriert sich die Bundesgruppe auf zentrale Aufgabenstellungen wie Werbung für Direkt- und Schnuppermitgliedschaften, Online-Werbekampagnen, Direktmarketing.
- o Landesverbände setzen durch regionale Angebote und Aktionen auf die Wahrnehmung und Wiedererkennbarkeit der NaturFreunde. Möglichkeiten sind dabei auch die Unterstützung bei der Gründung neuer Ortsgruppen oder der Stärkenentwicklung bestehender Ortsgruppen.
- o Aber ganz besonders müssen Interessierte vor Ort, in den Ortsgruppen, in den Häusern, bei Angeboten zum Sport oder bei der Naturfreundejugend für den Verband gewonnen werden. Dabei wollen wir an den Stärken und Aktivitäten der jeweiligen Gruppen ansetzen,

thematische Schwerpunkte nach den regionalen Bedürfnissen können dabei unterstützen, dass wir unsere Kräfte gezielt einsetzen und voneinander lernen.

- o Die Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung bedürfen auch finanzieller Unterstützung. Der Bundeskongress fordert deshalb den Bundesausschuss und den Bundesvorstand dazu auf, zur Unterstützung der Aktivitäten der Landesverbände und Ortsgruppen aus einem Fonds, der aus Mitteln der Bundesgruppe gefüllt wird, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Vergabekriterien und Zuwendungshöhen (absolut und/oder prozentual) sind bis zum Frühjahrs-Bundesausschuss in 2022 von der Begleitgruppe zu erarbeiten. Der Bundesausschuss genehmigt diese dann. Entscheidungen zur Vergabe der Mittel geschehen durch die Begleitgruppe oder durch ein noch einzurichtendes Vergabegremium. Außerdem sollen die unterschiedlichen Aktivitäten in einer Best-Practice-Sammlung gesammelt werden.

Unser Ziel ist ambitioniert, aber gemeinsam schaffen wir es!



Angebote familienfreundlich gestalten - Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie fördern

Die NaturFreunde Deutschlands entwickeln sich zu einem attraktiven Verband für die Interessen und die Mitarbeit von Familien. Ziel ist auch, die Verbands- und Gremienarbeit familienfreundlicher zu gestalten und dabei die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie zu berücksichtigen. Damit die Angebote der NaturFreunde Deutschlands offen sind für das ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern mit Kindern und Familien, sind insbesondere folgende Maßnahmen in organisatorischer und finanzieller Verantwortung der jeweiligen Veranstalter*innen sinnvoll:

- entsprechende Hinweise in Ausschreibungen von Veranstaltungen;
- entsprechende Hinweise auf familienfreundliche Angebote in Einladungen für Ausschüsse, Tagungen und Konferenzen;
- die Betreuung von Kindern während bundesverbandlicher Veranstaltungen wie Bundesausschüssen, Bundeskongressen, Fachgruppentagungen etc.



Für eine demokratische und geschlechtergerechte Teilhabe innerhalb der NaturFreunde

Der Bundeskongress erkennt eine deutliche Unterrepräsentation von FINTA (Frauen*, Inter*, nicht-binäre und Trans* Personen sowie Menschen, die sich ohne Geschlechtsidentität erleben), jungen Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte in Vorstandspositionen und Ämtern der NaturFreunde. Daher werden alle Gliederungen der NaturFreunde ermutigt, bis zum Bundeskongress 2025 geeignete Maßnahmen für eine gleichberechtigte Teilhabe zu entwickeln.

Hierzu können zum Beispiel eine intensive innerverbandliche Debatte und die Weiterentwicklung der Richtlinien und der Satzung gehören. Dabei soll das pluralistische Selbstverständnis der NaturFreunde im 21. Jahrhundert aufgegriffen und eine demokratische und geschlechtergerechte Teilhabe (zum Beispiel durch Quotierungen) bei den NaturFreunden ermöglicht und aktiv unterstützt werden.



FARN ausweiten und unterstützen: Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten

Vorstellungen vom Naturschutz wurden in Deutschland lange Zeit von einem völkischen Gedankengut geprägt. Naturschutz, Volkserziehung und Blut-und-Boden-Ideologie lagen eng zusammen. Die Naturschützer*innen in Deutschland waren oftmals nationalistisch, antisemitisch und antidemokratisch.

Das hat sich erst in den 1970er-Jahren insbesondere durch die Antiatombewegung geändert. Heute versuchen aber die AfD und andere rechtsextreme Gruppen an die völkisch-nationalistische Ideologie anzuknüpfen, wobei sich ihre Vertreter*innen auf Ludwig Klages und andere Vertreter*innen der konservativen Revolution beziehen. Sie versuchen damit den Umwelt- und Naturschutz für ihre Ziele zu instrumentalisieren.

Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) ist ein wichtiger Beitrag der NaturFreunde und der Naturfreundejugend, über die Geschichte des Naturschutzes in Deutschland mit seinen Irrwegen und seiner nationalistischen Gesinnung aufzuklären, vor den Gefahren eines Missbrauchs zu warnen, die Zusammenhänge und Ziele des völkischen Naturschutzes offen zu legen und heutige Versuche einer Instrumentalisierung für rechtsextreme Ideologien abzuwehren.

Der Bundeskongress der NaturFreunde unterstützt die Arbeit von FARN. Auch aus historischen Gründen, denn als einziger Verband aus dem Umwelt- und Naturschutz wurden wir zwischen 1933 und 1945 von der NSDAP verboten. Wir haben eine hohe

Glaubwürdigkeit, in diesen Fragen eine Aufklärungs- und Wächterrolle einzunehmen.

Der Bundeskongress der NaturFreunde stellt die Arbeit von FARN und des Beirats heraus und dankt für die aufklärerische Arbeit. FARN ist ein wichtiger Teil der NaturFreunde und der Naturfreundejugend.

Der Bundeskongress der NaturFreunde fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die finanziellen Voraussetzungen für die Arbeit von FARN zu verbessern. Die Notwendigkeit der Arbeit für eine stabile Demokratie muss unbestritten sein. Daher erneuern wir die Forderung, dass ein umfassendes Demokratiefördergesetz von der nächsten Bundesregierung auf den Weg gebracht werden muss, das eine dauerhafte Struktur- statt Projektförderung ermöglicht.

Je stärker die ökologischen Gefahren ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rücken, desto größer wird die Gefahr einer Rückkehr brauner Ökolog*innen, die das Thema für ihre reaktionäre Ideologie zu nutzen suchen, zumal der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht konfliktfrei möglich sein wird.

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, bei denen es durch die Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft zu antidemokratischen und nationalistischen Gegenbewegungen kommen kann. Insofern ist die Wächterfunktion von FARN unverzichtbar.

Der Bundeskongress fordert die Landesverbände und Ortsgruppen auf, die Arbeit von FARN zu unterstützen und ihre Ergebnisse zu verbreiten. Dabei geht es nicht nur um die eigene Arbeit, Seminare und Veranstaltungen, sondern auch um die Werbung für FARN bei anderen gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden und Umweltverbänden.

Die Arbeit von FARN hat nicht nur einen historischen Wert, sondern ist zugleich von einer hohen aktuellen Bedeutung.



Gründung einer Fachgruppe „International“

Der Bundeskongress beschließt die Gründung einer Fachgruppe „International“.

Die Fachgruppe wird keinem Fachbereich angegliedert, sondern wird direkt an den Bundesvorstand angebunden. Ein regelmäßiges Budget wird für die Fachgruppe im Haushalt ausgewiesen.



Beiträge

Festsetzung der Bundesbeiträge ab 2024

Die Höhe des an die Bundesgruppe (inklusive NFI) abzuführenden Beitragsanteils für Mitglieder (natürliche Personen) beträgt ab dem 01.01.2024 für den E-Beitrag 26,50 Euro und ab dem 01.01.2027 29,00 Euro.

Entsprechend ergibt sich aufgrund der 2005 beschlossenen Beitragsstruktur für die Beitragskategorie F ein an die Bundesgruppe abzuführender Anteil ab dem 01.01.2024 in Höhe von 39,75 Euro (E mal 1,5) und ab dem 01.01.2027 in Höhe von 43,50 Euro.

Für die Beitragskategorie K/J wird ab dem 01.01.2024 ein an die Bundesgruppe abzuführender Anteil in Höhe von 13,25 Euro (E mal 0,5) und ab dem 01.01.2027 in Höhe von 14,50 Euro fällig.

Die Beiträge für die Direkt- und Schnuppermitglieder erhöhen sich ab dem 01.01.2024:

- für Schnuppermitglieder in der Beitragskategorie E von 50 Euro auf 56 Euro
- und für Direktmitglieder in der Beitragskategorie E von 76 Euro auf 84 Euro

Bis zum nächsten Bundeskongress wird eine Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der Bundesgruppe und der Landesverbände eingerichtet, mit dem Ziel, die Beitragsstruktur der NaturFreunde grundlegend zu diskutieren und mögliche Weiterentwicklungen der Beitragsstruktur vorzuschlagen. Hierbei sollen fol-

gende Fragen besprochen und mögliche Vorschläge erarbeitet werden:

- Möglichkeiten für die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrages der NaturFreunde:
 - Prüfung einer prozentualen Verteilung des Beitrages auf die Gliederungen (Ortsgruppe, Landesverband, Bundesverband)
 - Prüfung der Einführung von Zusatzbeiträgen bei zusätzlichen Leistungen und Angeboten der NaturFreunde
 - Prüfung der Einführung von höheren Beiträgen durch die Ortsgruppen, deren Beitrag insgesamt bei der Gliederung bleibt
- Eine erweiterte Mitgliedschaft, die es gestattet, Mitgliedern, die von sich aus einen höheren Beitrag zahlen wollen, dies so zu tun, dass alle von der Gliederung aufwärts, in der sie Mitglied sind, davon profitieren
- Einführung eines Monats- oder Halbjahresbeitrags (wie z.B. bei der AWO etc.)

Die Arbeitsgruppe soll zu den verschiedenen Vorschlägen Vor- und Nachteile herausarbeiten und dem Bundesausschuss im Herbst 2023 dazu ein konkretes Arbeitspapier vorlegen, auf dessen Grundlage ein möglicher Antrag für den Bundeskongress 2025 vorbereitet werden kann.



